



www.gegenwind-whv.de

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 226

Wilhelmshaven

April 2007

Nicht ewig Zeit!

Geniusstrand ist weg – Fäkalien am Südstrand – Hallenbad wird abgerissen – der Banter See blüht



Action!

Die Situation des Banter Sees ist immer noch kritisch – Es wird Zeit, dass etwas geschieht. Aber was? Antworten auf Seite 3.

Wird der Flüssiggashafen gebaut? Über einen ersten Termin berichten wir auf Seite 4.

Mit der Studie "Gesellschaft im Reformprozess" der Friedrich-Ebert-Stiftung befasste sich die Linke Alternative. Wir berichten auf Seite 5.

Das Jahrhundertereignis für Wilhelmshaven: Der Planfeststellungsbeschluss für den JadeWeserPort liegt vor. Erste Einwände dazu auf Seite 6.

Eine neue Rubrik im Gegenwind? Mal sehen. Auf Seite 8 heißt es wieder: "Aus der Schule geplaudert".

Macht Arbeitslosigkeit krank? Eine Antwort auf diese Frage gab es auf der letzten Mitgliederversammlung der Arbeitsloseninitiative. Wir berichten auf Seite 9.

In unserer Rubrik "Hartz IV und Recht" geht es mal wieder um die Kosten der Unterkunft. Unsere Erkenntnis auf Seite 10: Wer nicht klagt, ist dumm!

Kinderarmut stand über einen Monat im Fokus von Kunst und Volkshochschule. Einen Bericht über die Auftaktveranstaltung finden Sie auf Seite 12 und auf Seite 13 berichten wir über den Vortrag "Armut von Kindern und Jugendlichen – eine Herausforderung an die Gesellschaft".

Unsere allseits beliebten (und oft gefürchteten) Ratssplitter haben wir auf Seite 14 eingetütet.

Die Auseinandersetzung um die WFG und den obersten Wirtschaftsförderer Frank hätte einen breiteren Platz im Gegenwind verdient – aber aus Platzgründen finden Sie auf Seite 16 nur die Beobachtungen eines Zaungastes.

Und wie immer: Nachrichten und Veranstaltungen finden Sie kreuz und quer im Heft verstreut.

Viele Themen, die wir bearbeitet haben, konnten wir in dieser Ausgabe nicht mehr unterbringen – Sie finden diese Artikel allerdings auf unserer Internetseite www.gegenwind-whv.de – Reinschauen lohnt sich!

meldungen



Oben Wohnheim - unten FairMarkt

Ist das fair?

Der FairMarkt an der Ecke Börsen-/Mitscherlichstraße muss schließen. Grund dafür ist das Vorhaben des Eigentümers, in den Räumlichkeiten Übernachtungsmöglichkeiten für Arbeiter aus Polen (oder auch anderen Ländern) zu schaffen. In den obersten beiden Etagen wurden bereits 5-Bett-Zimmer für die in erster Linie polnischen Arbeiter hergerichtet. Nach unseren Informationen übernachten in dem Gebäude bereits 150 Menschen.

Doch wo arbeiten diese Leute? Ist der JadeWeserPort schon im Bau? Haben wir etwas verpasst? Einen Arbeitsplatz konnten wir dann doch ausfindig machen. Am Hannoverkai liegt seit vielen Monaten das Passagierschiff Rotterdam und wird umgebaut. Die Arbeit ist nicht ganz einfach – schließlich geht es um Asbestsanierung. Und dafür sind die



Asbestfässer am Hannoverkai

polnischen Arbeiter wohl gerade richtig. Nach unseren Informationen bekommen die Arbeiter dort 3 Euro pro Stunde. Wieviel sie nun für ihre Unterkunft im 5-Bett-Zimmer mit Etagedusche hinblättern, konnten wir nicht in Erfahrung bringen – der Mietbetrag soll allerdings sehr niedrig sein.

Und nun ist es dazu gekommen, dass die bestehenden Räumlichkeiten belegt sind und der Eigentümer für Wilhelmshavens Zukunft noch viele Einsatzmöglichkeiten für Billigst-Arbeitskräfte sieht. Also muss der FairMarkt die für eine relativ geringe Miete genutzten Räumlichkeiten in Kürze freimachen, den fest- und teilangestellten MitarbeiterInnen kündigen. Denn so viel wie ein Vermieter realisieren kann, der vielleicht noch einmal 150 Arbeiter unterbringen wird, kann der FairMarkt nicht an Miete aufbringen. (hk)



Keine Feier ohne OB!

Diesmal war unser Oberbürgermeister zur Eröffnung eines neuen Frisiersalons dicht am zukünftigen Einfahrtstor zum geplanten JadeWeserPorts zugegen sein. In dem 50 Quadratmeter großen Flachbau sollen zunächst fünf Frisierstühle aufgestellt werden, die an ausgebildete Fachkräfte des Friseurhandwerks vermietet werden sollen. Dafür dürfen sie ihrem Handwerk auf eigene Rechnung nachgehen und sich um die Kundschaft kloppen.

„Wir haben von Anfang an den Tiefwasserhafen geglaubt! Wir glauben, dass unsere Hilfe sinnvoll ist – man braucht Friseure für die Anpassung der Haarschöpfe der Hafenbeschäftigten für das Tragen von Schutzhelmen im Hafenbereich“, erklärte der Inhaber Jan H. Piepmann gegenüber dem Gegenwind. Er wird den Laden als Franchisenehmer der Friseurkette Hair Styling betreiben. Die Eröffnung war am 1. April.

Amtliches von der DFTG

Die Deutsche Flüssiggas Terminal Gesellschaft (DFTG), der bekanntlich vor 28 Jahren der Bau und Betrieb eines Flüssiggas-Terminals auf dem Voslapper Groden genehmigt wurde, will mal wieder den Zuschnitt ihrer Anlage ändern (s. Gegenwind 225).

Dazu hat es einige Vorgespräche und am 06. Februar eine Antragskonferenz mit den zu beteiligenden Fachbehörden gegeben. Dies bestätigte das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg (GAA) dem Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) auf Anfrage. Ein Antrag auf Vorprüfung der Umweltverträglichkeitsprüfung sei zwar angekündigt – liege dem Amt aber noch nicht vor.

Nach derzeitigem Kenntnisstand des GAA sollen wesentliche Änderungen der zur Zeit gültigen Genehmigung beantragt werden. Geplant sind insbesondere die

- ◆ Vergrößerung der Flüssiggas-Lagertanks sowie deren Reduzierung von vier auf zwei Tanks
- ◆ Veränderung am Schiffsanleger, um Flüssiggastanker mit einem Tankvolumen von 210.000 statt 135.000 m³ abfertigen zu können
- ◆ Erhöhung des Durchsatzvolumens an Flüssiggas
- ◆ Nutzung der Wärme externer Anbieter für die Verdampfung des Flüssiggases unter Verzicht auf das Wärmekraftwerk.

Ob das Änderungsgenehmigungsverfahren mit Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt wird, kann das GAA noch nicht sagen. Erst wenn ein Antrag eingereicht werde und der tatsächliche Umfang der Änderungen bekannt sei, könne beurteilt werden, „...ob erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Schutzgüter des § 1 BImSchG zu besorgen sind oder nicht.“ (jm)

Aufgespießt

Anlässlich einer offiziellen Veranstaltung zur Integrationspolitik im Landkreis Friesland brachte der 1. Kreisrat Peter Wehnmann „einen völlig neuen Aspekt ins Spiel. Mit dem Bau des JadeWeserPorts werden rund 5.000 Menschen beschäftigt sein, darunter auch viele Ausländer. Hier müssen wir Vorbereitungen treffen.“ (WZ 24.3.2007)

Gemeint ist mit dem neuen Aspekt, dass diese Arbeitskräfte aus dem Ausland hier integriert werden sollen. Das wirft jedoch weitere

Aspekte auf: 1. Wird der Hafen nun doch nicht mit modernen Ramm- und Spülgeräten gebaut, sondern in Handarbeit mit Karre und Spaten wie anno dunnemals der Kaiserliche Hafen, oder wozu braucht man 5.000 Leute? 2. Wurde nicht immer damit geworben, dass Arbeitslose aus der Region durch den Hafen in Lohn und Brot kommen? 3. Aus europäischer Sicht ist es in Ordnung, wenn auch außerfriesische Europäer hier einen Arbeitsplatz finden – nur, welchen Tarif zahlt ihnen dann der Subunternehmer des Subunternehmers? Erfahrungsgemäß sind Dumpingpreise und damit -löhne nichtdeutscher Firmen der Hauptgrund, diesen den Zuschlag für Gewerke zu erteilen. 4. Nichts gegen eine konstruktive Integrationspolitik, aber: Sind diese nichtdeutschen Arbeitnehmer dann auch herzlich eingeladen, nach Fertigstellung des Hafens hier zu bleiben, will man ihnen dauerhafte Arbeitsplätze zusagen, oder warum sonst will man sie integrieren? Unterm Strich passt Wehnmanns Bemerkung mal wieder in die Schublade „egal um welches Thema es wirklich geht, Hauptsache, der JadeWeserPort wird erwähnt“. (iz/cs)

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **4,36 %** bei
100 % Auszahlung

Zinssatzfestschreibung: **10 Jahre**
anfänglich effektiver
Jahreszins: **4,33 %**

Zins p.a.: **4,60 %** bei
100 % Auszahlung

Zinssatzfestschreibung: **15 Jahre**
anfänglich effektiver
Jahreszins: **4,70 %**

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:

Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180-5060 3441 9546
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen,
Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Thomas Sobel, Imke Zwoczek;

Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
jeweils zum Monatsbeginn

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 03.04.2007

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben. Besonderer Dank geht diesmal an Jochen Martin (jm), Claus Schulz, der Schutzgemeinschaft JadeRegion und Joachim Tjaden (jt).

Missbraucht und geschunden

Prof. Schuller macht u.a. die Fäkaleinleitungen vergangener Zeiten für die schlechte Lage des Banter Sees verantwortlich.

(hk) Fast 50 BürgerInnen waren der Einladung des Clubs zu Wilhelmshaven (CzW) zu einem Vortrag des Oldenburger Professors Dr. Dieter Schuller zum Thema 'Zukunft des Banter Sees' gefolgt.

Prof. Schuller befasst sich seit 1987 mit der Problematik des Banter Sees – "ein schwieriger See", wie Schuller gleich einleitend klarmachte. Schwierig ist der Banter See, weil er eigentlich kein richtiger See ist. Entstanden ist der Banter See bekanntlich als zum Kriegshafen gehörendes Hafen- und Werftbecken. Nach dem 2. Weltkrieg wurde das Hafenbecken vom Großen Hafen und damit vom Austausch mit über die Schleusen in den Hafen gelangendes Salzwasser abgetrennt.

Es entstand ein See, der mit einem natürlichen See nichts gemein hat. "Der Banter See ist ein künstlicher See, missbraucht und geschunden", so Prof. Schuller. An Stelle der schilfbestandenen Uferbereiche (Litoralzone) wird der Banter See von Kaianlagen begrenzt, die eine 'normale' Entwicklung des Sees behindern.

Während der jahrzehntelangen Nutzung als Hafenbecken wurden die Fäkalabfälle der Betriebe und Schiffe in den See geleitet. Die technischen Prozesse in dem Militärhafen, die Korrosionsschutzanstriche der Schiffe – alles Quellen des hohen Phosphorvorkommens. Bis in die 90er Jahre des letzten Jahrhunderts gab es auch noch keine Kläranlagenpflicht für die am See angesiedelten Klein- und Freizeitgärtner. So hat sich nach Meinung von Prof. Schuller eine ordentliche Sedimentschicht mit dem entsprechenden Phosphatgehalt bilden können – eine mögliche Ursache für die Blaualgenblüte, die beinahe in jedem Jahr zu Badeverboten im See führt.

Doch das allein kann nicht die Ursache für das massenhafte Auftreten der Blau- oder Cyanobakterien sein.

Prof. Schuller schilderte den Vorgang, wie es zur Entstehung der sogenannten Sprungschicht kommt und was diese mit der Entstehung der Cyanobakterien zu tun hat: Die Sonneneinstrahlung und die durch den Wind zugeführte kinetische Energie sind die wichtigsten Faktoren, welche die physikalischen Bedingungen im Wasserkörper bestimmen. Die Strahlung wird im Wasser in Wärme umgewandelt und nimmt mit der Tiefe exponentiell ab. Das erwärmte Wasser an der Oberfläche ist leichter als das darunter liegende kältere und schwimmt daher auf diesem. Die nächtliche Abkühlung nun setzt ebenfalls von der Oberfläche her ein. Das abgekühlte Wasser sinkt so weit in die Tiefe, bis es auf gleich warmes Wasser trifft. Da in der Zeit von März bis August die Erwärmung am Tag größer ist als die nächtliche Abkühlung, wird der Temperaturunterschied zwischen der oberen warmen und der darunter liegenden kalten Schicht immer größer. Auf diese Art entsteht in einer bestimmten Tiefe ein meist steiler vertikaler Temperatur- und damit Dichtegradient (die sog. 'Sprungschicht'), der eine physikalische Trennung der unterschiedlich temperierten Wasserschichten bewirkt.

Es findet also keine Durchmischung der unteren Wassermassen mit dem sauerstoffreichen Oberflächenwasser statt. Eine Zirkulation findet nur noch in der oberen, über der Sprungschicht liegenden Deckschicht statt.

Sommerliche Stagnation

Nach Meinung von Prof. Schuller findet nur dann eine Vermehrung der Cyanobakterien statt, wenn es zu der oben beschriebenen 'sommerlichen Stagnation' kommt.

Der geringe Salzgehalt von ca. 1 Prozent

(Nordsee: 3,5%), die bereits erwähnte hohe Phosphordichte, Wasserverhältnisse, die eine Konkurrenz anderer Organismen ausschließen, der Lichteinfall, die Wärme – das Zusammenspiel all dieser Faktoren begünstigt das massenhafte Auftreten der giftigen Cyanobakterien.

Prof. Schuller empfahl *"bei Beachtung aller technischen Möglichkeiten, der am Banter See vorliegenden Randbedingungen und der Kostenfrage"*, einen Schwerpunkt der Maßnahmen auf die Sanierung des Umfelds des Sees – unter besonderer Berücksichtigung der Verbesserung seiner Litoralzone – zu legen.

Des weiteren empfahl er, den Versuch zu unternehmen, die *"Phosphatbindung im Sediment aus der Abhängigkeit von der Eisenbindung zu lösen"*. Dafür könnte, so Schuller, *"eine wiederholte Anwendung einer Calcit-aufspülung, auch eine Kombination einer Behandlung mit Aluminiumsalzen und Kalkdotierung erprobt werden"*.

Für diese beiden möglichen restaurativen Ansätze sollten Versuche in kleineren abgegrenzten Arealen durchgeführt werden, um Erfahrungen mit der Anwendung, Erkenntnisse über Risiken der Eingriffe und über die Nachhaltigkeit der Wirkungen zu gewinnen. Dafür dürften in jedem Fall mehrjährige Beobachtungen notwendig sein.

Freistrahilverfahren

Da hatte der Oldenburger Professor aber etwas gesagt, was die fest auf das Freistrahilverfahren eingeschworenen Wilhelmshavener auf die Palme brachte. Dabei geht es auch um das "Durchstoßen" der oben beschriebenen Sprungschicht. Prof. Schuller hatte dann aber auch nichts gegen ein solches Verfahren einzuwenden – nach seiner Meinung würde damit allerdings das Problem, nämlich der hohe Phosphorgehalt, nicht beseitigt, sondern es sei nur als symptomatische und nicht nachhaltige Maßnahme zu betrachten.

Und hier entspann sich dann die Diskussion, in der der ebenfalls anwe-

Pressemitteilung der Stadt Wilhelmshaven vom März 2007

Die Stadt Wilhelmshaven ist sich der zukünftig eher noch zunehmenden Bedeutung des Banter Sees für die Naherholung sehr bewusst. Auch angesichts knapper Haushaltsmittel wird sie weiterhin alles tun, um die Ursachen der Blaualgenblüte zu erforschen und die Sanierungsmaßnahmen einzuleiten. Solche Maßnahmen müssen zum einen nachhaltig wirken können, zum anderen sollen sie aber auch den Interessen aller Nutzer entsprechen. (...)

Der Banter See gehört inzwischen zu den am besten erforschten Gewässern in Wilhelmshaven. Dies erklärt vielleicht, warum es vorher kein Blaualgenproblem gab. Als ehemaliges Hafenbecken hat der Banter See viel Nutzungsqualität, aber auch ein paar Merkmale (Wassertiefe, Volumen, leichter Salzgehalt, keine natürliche Zuflüsse), die stabilen ökologischen Verhältnissen entgegenstehen. (...) Bisher steht fest: Die Algenblüte folgt dem Witterungsverlauf (Erwärmung, Belichtung und Besonnung bei Schönwetterperioden). Dies ist der Auslöser, aber nicht die Ursache des Problems. Vielmehr folgt die Algenblüte im Sommer jeweils einem Anstieg des Phosphatgehalts bei niedriger Nitratkonzentration.

Deshalb steht - nach dem die Anrainer in den 1990er Jahren an die Kanalisation angeschlossen wurden - die Frage im Raum, ob der Beitrag aus Oberflächengewässern hierzu eine Ursache sein kann. Die bisherigen Beprobungsergebnisse des Wassers aus dem Rhynschloot des Banter Seedeichs, dem binnenseitigen Deichentwässerungsgraben, mit vergleichsweise eher mittleren bis geringen Phosphatwerten lassen diesen Rückschluss - auf die Schafbeweidung - nicht zu. Die Beprobungen werden aber weitergeführt.

Ein weiterer Verdacht richtet sich auf die mögliche Rücklösung von Phosphat aus dem Sediment und Eintrag in die Wassersäule. Dazu wurden in den vergangenen Monaten Sedimentproben untersucht, die Analyse des Phosphatkreislaufes innerhalb des Sees ist allerdings noch nicht endgültig abgeschlossen. (...) Eine natürliche windgetriebene Umwälzung findet nur noch in der wärmeren oberflächennahen Schicht statt, die sauerstoffgesättigt ist. Mit den tieferen, kalten Schichten findet kein Sauerstoffaustausch mehr statt, so dass sich dort durch Sauerstoffzehrung im Zuge natürlicher Umsetzungsprozesse häufig sauerstoffarme bzw. sauerstofffreie Zonen ergeben. Ein Austausch zwischen diesen beiden Ebenen fin-

det kaum statt.

Ziel technischer Verfahren zur Tiefenwasserbelüftung war es bisher schon, derartige Schichtungen zu durchbrechen bzw. aufzulösen (technisch "Destratifikation"). An der Fachhochschule in Wilhelmshaven wurde in den zurückliegenden Jahren ein Verfahren entwickelt und im Labormaßstab erprobt, welches einen Freistrahlnutz, um sauerstoffreiches Oberflächenwasser in die Tiefe zu fördern. (...)

Dieses Freistrahilverfahren verspricht nach Auffassung der Stadt Wilhelmshaven im Rahmen eines Pilotprojektes Aussicht auf Erfolg auch im Banter See. Für das Jahr 2007 ist nach dem heutigen Stand der Planung anschließend der Einsatz des Freistrahilverfahrens im Banter See vorgesehen. Eine entsprechende Vorplanung wurde inzwischen in Auftrag gegeben. Dieses Verfahren bietet im Gegensatz zu allen anderen immer wieder diskutierten Verfahren die Gewähr dafür, dass die Gewässerqualität im Banter See für alle Nutzer verbessert wird. Schließlich geht es um Gartennutzer, Schwimmer, Surfer, Angler, Taucher u.v.a.m.. Der Austausch mit Hafenwasser zum Beispiel würde den Fischbestand im Banter See verändern und Sichtverhältnisse für die Unterwassersportler eintrüben.

sende Umweltdezernent Dr. Jens Graul sagte, dass es Aufgabe der Stadt sei, *„die Blaualgenblüte zu verhindern, ohne die bestehenden Bedingungen zu verändern“*. In einer Presseerklärung der Stadt heißt es zur selben Problematik: *„Solche Maßnahmen müssen zum einen nachhaltig wirken können, zum anderen sollen sie aber auch den Interessen aller Nutzer entsprechen. (...) Dieses Verfahren bietet im Gegensatz zu allen anderen immer wieder diskutierten Verfahren die Gewähr dafür, dass die Gewässerqualität im Banter See für alle Nutzer verbessert wird. Schließlich geht es um Gartenutzer, Schwimmer, Surfer, Angler, Taucher u.v.a.m.“* Nur der Beweis dafür, dass das Freistrahlfahrer wirklich nachhaltig wirkt, wurde bisher noch nicht erbracht.

Weitere Diskussionsbeiträge: Algenblüte im Kanal

Der Ems-Jade-Kanal und der Große Hafen befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft. Wie kann es nun angehen, dass es in diesem Gewässer zu keiner Algenblüte kommt? Dr. Gerd Liebezeit vom Forschungszentrum Terramare bestätigte, dass von ihm durchgeführte Untersuchungen ergeben hätten, dass der Phosphatgehalt im Kanal / Großer Hafen noch über dem des Banter Sees liegt, die Trübung des Wassers (aus den ostfriesischen Moorgebieten) verhindere jedoch den für die Cyanobakterien benötigten Lichteinfall. Aus diesem Grunde sei, so unisono Dr. Graul und Prof. Schuller, die Öffnung des Grodendamms keine Lösung für die Probleme des Banter Sees.

Salzgehalt erhöhen

Ein Bürger, der seit 50 Jahren im Banter See taucht, berichtete, dass früher der Salzgehalt des Banter Sees weitaus höher war und dass es große Kolonien von Miesmuscheln gab, die ja bekanntlich auch für die Reinigung

des Wassers wichtig sind. Seine entsprechende Forderung: 2/3 des Banter See-Wassers mit salzhaltigen Nordseewasser austauschen. Hier kam dann die Frage auf, wie das zu bewerkstelligen sei. Eine Rohrverbindung durch den Banter Seedeich zur Jade wäre zwar technisch durchaus machbar – es würde allerdings indiskutabel lange dauern, bis das Wasser ausgetauscht wäre.

Abschließend machte Prof. Schuller noch einmal deutlich, dass man seiner Meinung nach die Probleme des Sees innerhalb des Sees lösen muss. Es gehe darum, *„die Befindlichkeiten der Natur nicht zu stören“*, den See als das behandeln, was er ist – nämlich ein ökologisch wertvoller Brackwassersee, dem man nur helfen muss, sich zu einem intakten Brackwassersee zu entwickeln. Und das bedeutet, dass untersucht werden muss, welche Stoffe beispielsweise durch die Kleingarten- und Freizeitnutzer in den See gelangen (Rasendüngung usw.), an welchen Stellen Altlasten in den See gelangen (ein Mitglied des Tauchclubs Manta berichtete von vielen Dutzend offenen Rohren, die in den Banter See hineinragen), das bedeutet auch, zu untersuchen, welche Stoffe über den Rhynschlot des Banter Seedeichs, dem binnenseitigen Deichentwässerungsgraben, in den See gelangen (Fäkalien der Deichschafe) – kurz: Alle Einleitungen in den Banter See müssen untersucht und gegebenenfalls beseitigt werden. Das vorhandene sedimentgebundene Phosphor lässt sich nicht einfach beseitigen; deswegen müssen weitere Schritte wie das Einbringen einer Calcit-spülung zur Verhinderung der Phosphatbindung ins Auge gefasst werden.

Der Banter See ist, und das war die einhellige Meinung aller VeranstaltungsteilnehmerInnen, für Wilhelmshaven viel zu wichtig und wertvoll, als dass den Problemen des Sees zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt werden darf. □

Rettet den Banter See

Wird das wieder ein typisches Wilhelmshavener Possenspiel? Da wird geredet, bis die letzte Alge blau, grün und giftig wird. Da wird gehandelt, ohne dass es ausreichende Erfolgchancen gibt, oder da wird nicht gehandelt, obwohl es ausreichende Erfolgchancen gibt.

In einer Pressemeldung der Stadt Wilhelmshaven wird behauptet: *„Der Banter See gehört inzwischen zu den am besten erforschten Gewässern in Wilhelmshaven.“* Und weil er so erforscht wurde, gibt es die Blaualgenblüte. Oder mit anderen Worten: Die Blaualgenblüte hat es schon immer gegeben, sie wurde nur nicht erkannt. Wer mit solchem Unsinn an die Öffentlichkeit tritt, hat die vielen Untersuchungen nicht gelesen, in denen die Voraussetzungen für die explosionsartige Ausbreitung der Blaualge dargestellt wird. Auch die Behauptung in der aktuellen Pressemitteilung – *„Dieses Verfahren bietet im Gegensatz zu allen anderen immer wieder diskutierten Verfahren die Gewähr dafür, dass die Gewässerqualität im Banter See für alle Nutzer verbessert wird“* – ist nicht bewiesen. Hauptsache scheint hier zu sein, dass man etwas schreibt, egal was.

Nun sind wir leider auch nicht im Besitz der Weisheit, wie der Banter See zu retten ist. Doch wir wissen, dass es wichtig ist, alle Schadstoffeinträge in den See zu verhindern.

Das kostet von der Untersuchung bis zur Ausführung eine Menge Geld. Doch das sollte uns der Banter See wert sein. Denn nur hier bietet sich ein Handlungsfeld für wirklich nachhaltige Hilfe – und nur darum kann es im Endeffekt gehen.

Auch der Vorschlag von Prof. Schuller, den Uferbereich überall dort, wo es möglich ist, mit einer zu einem anständigen Brackwassersee gehörenden Uferzone inkl. der Bepflanzung mit Erlen und Weiden auszustatten, sollte schleunigst in die Realisierungsphase gehen.

Auch das Freistrahlfahrer sollte umgehend eingesetzt werden, bietet es doch allem Anschein nach die Gewähr, zumindest kurzfristig die Symptome des Patienten Banter See zu lindern – schließlich wollen nicht alle WilhelmshavenerInnen zukünftig ihre Freizeit auf einer Aussichtsplattform an der Baustelle des JadeWeserPorts verbringen. Und es geht uns auch darum, den Banter See mit seinen jetzigen Nutzungsformen zu erhalten.

Nur weil man den Geniusstrand und den Campingplatz plattgemacht hat, kann das nicht bedeuten, dass jetzt die Freizeitgärtner um den Banter See für die Realisierung irgendwelcher Ersatzmaßnahmen ebenfalls plattgemacht werden müssen.

Rettet den Banter See!

Hannes Klöpper

Scoping Ethanleitung

Am 14.03. fand in Wittmund ein so genannter Scoping-Termin zur Festlegung des Antragsrahmens für die geplante Ethan-Leitung zwischen Dornum (Landkreis Aurich) und Wilhelmshaven statt. Zwar hat der Chemiekonzern INEOS die Entscheidung über den Bau eines Ethancrackers zur Herstellung von Äthylen genauso verlagert wie die Anlagenerweiterungen zur Erhöhung der Produktion von Chlor und Natronlauge, Äthylen Dichlorid, Vinyl Chlorid Monomer und PVC. Doch ist es bei Wilhelmshavener Großprojekten nicht unüblich, dass sich Konzerne Genehmigungen auf Vorrat ausstellen lassen.

Zum Auftakt des Scopings erklärte die Planfeststellungsbehörde, das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, dass ein Raumordnungsverfahren nicht erforderlich sei. Raumordnerische Gesichtspunkte würden aber in dem Planfeststellungsverfahren berücksichtigt.

Ein Vertreter der Vorhabensträger – die E.ON Ruhrgas und die Statoil – gab bekannt, in Kürze eine Betreiberfirma mit dem Namen *„Ethanco“* (o.s.ä.) gründen zu wollen.

Von den eingeladenen regional zuständigen Behörden und Verbänden wurden viele zu klärende Fragen aufgeworfen. Die Umweltschützer fragten, wozu es erforderlich sei, die Pipeline in der Vegetationsperiode zwischen März und August zu verlegen. – Dies seien die Monate, wo es am trockensten sei, hieß es dazu. In den anderen Monaten würden wegen der Nässe größere Vegetations- und Bodenschäden als erforderlich entstehen. Außerdem sei der Zeitplan an die Inbetriebnahme des Ethan-Crackers in Wilhelmshaven gebunden. Daraufhin wurde angeregt, die Brutplätze der so genannten Wiesenbrüter zu kartieren und die Baumaßnahmen in den Brutgebieten außerhalb der Reproduktionszeit durchzuführen.

Eingegangen wurde auch auf das raumordnerische Bündelungsgebot von Trassen: So sei von der E.ON Netz die Renovierung der 220 kV-Leitung geplant. Diese sollte zusammen mit der Ethanleitung (dort wo beide parallel verlaufen) in einer gemeinsamen Bodentrasse verlegt werden.

Dafür sah einer der Vorhabensträger – die E.ON Ruhrgas – Probleme voraus, weil sie keinen Einfluss auf die Entscheidungen der E.ON Netz habe – sie wolle sich aber bemühen.

Es stieß weitgehend auf Unverständnis, dass bei Tochterunternehmen mit gleichem Firmendach nicht möglich sei, was in hiesigen Landkreisen gebräuchlich ist: An zentraler Entscheidungsstelle werden die Planungen der einzelnen Sachbereiche aufeinander abgestimmt.

Es gab noch weitere Punkte, z.B. den Denkmalschutz. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Leitungstrasse weitestgehend an der Grenze zwischen Geest und Marsch verläuft, wo aufgrund der Besiedlungsgeschichte in der menschlichen Auseinandersetzung mit dem Meer mit archäologischen Fundstätten zu rechnen ist, von denen drei bereits bekannt seien. Im Übrigen verlaufe die Leitungstrasse bei Wayens im Landkreis Friesland mitten durch eine Wurt. Eine rechtzeitige Abstimmung zur frühzeitigen Ausgrabung von Funden sei erforderlich. (jm)

Abgehängt!

Die Gesellschaft ist tief gespalten

(noa) Die LAW-Mitgliederversammlung beschäftigte sich am 7. März mit der Studie "Gesellschaft im Reformprozess". Diese Studie wurde im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung im vergangenen Jahr von "Infratest" durchgeführt. Selber schreibt das beauftragende Institut: "Die Friedrich-Ebert-Stiftung untersucht die Reformbereitschaft der Deutschen". Doch in Wirklichkeit scheint das Erkenntnisinteresse woanders zu liegen.

"Die (nicht einfache) strategische Herausforderung liegt darin, die solidarischen Gruppen im oberen Teil der Gesellschaft, die verunsicherte Arbeitnehmerrunde und die erreichbaren Gruppen im unteren Bereich politisch zu integrieren", schreibt die FES selber in ihrer Vorbemerkung zur Studie. Diese Einteilung der Gesellschaft hat im Herbst 2006 zu einem Streit um des Kaisers Bart geführt; alle möglichen Leute wehrten sich dagegen, als zur "Unterschicht" gehörig bezeichnet zu werden, und Müntefering sagte damals in einem Fernsehinterview: "Wir haben keine Schichten in Deutschland – wir sind **eine** Gesellschaft."

Drei-Drittel-Gesellschaft

Dort war die zentrale Fragestellung: "Welche Gruppen gemeinsamer Werte und politischer Grundorientierung lassen sich identifizieren?" Gut 3000 Menschen wurden befragt, was ein repräsentatives Bild der bundesdeutschen Gesellschaft ergeben dürfte. Und anhand von zahlreichen Fragen wurden neun "politische Milieus" festgelegt, die sich in ihrer sozialen Lage, in ihren politischen Meinungen, ihrem Wahlverhalten, ihrer Weltanschauung deutlich voneinander abgrenzen lassen.

"Alles in allem zeigt sich das Bild einer Drei-Drittel-Gesellschaft. Die Menschen im 'oberen Drittel' haben recht gesicherte Chancen und Lebensperspektiven. Allerdings ist dieses Drittel politisch gespalten zwischen eher linksliberalen (...) und liberalkonservativen (...) Gruppen. In der 'Mitte' ist die Verunsicherung längst angekommen. ... Im 'unteren' Bereich wächst die Unzufriedenheit..."

"Oben"

Da gibt es die "**Leistungsindividualisten**", die 11 % der Gesellschaft ausmachen (10 % in den alten Bundesländern, 15 % im Osten). Sie gehören mehrheitlich der Oberschicht und der oberen Mittelschicht an, verfügen über ein überdurchschnittliches Einkommen, wollen noch mehr erreichen und streben die Auflösung des Solidarsystems an. Politisch distanzieren sie sich entschieden von der Idee des Sozialismus und haben bei der letzten Bundestagswahl zu 52 % die Union oder die FDP und zu 33 % SPD gewählt, sind überdurchschnittlich häufig langfristig der FDP zugeneigt. Die hat die FES mit den "solidarischen Gruppen im oberen Teil der Gesellschaft" wohl nicht gemeint.

Auch nicht die "**etablierten Leistungsträger**" (15 %; im Westen 17 %, im Osten 7 %), die denselben Schichten entstammen wie die vorgenannte Gruppe, sich von dieser aber darin unterscheiden, dass sie nicht nach Deregulierung schreien, sondern die Gesellschaft in ihrem Sinne und für ihre Interessen reguliert sehen wollen und mit der großen Koalition äußerst zufrieden sind. Da ihre langfristige Parteineigung hauptsächlich der Union gilt, weiß die SPD, dass sie in dieser Gruppe nicht um Wähler zu buhlen braucht.

Anders die "**kritischen Bildungseliten**" (9 %; im Westen 9 %, im Osten 8 %). Auch sie sind der Oberschicht und der oberen Mittel-

schicht zuzurechnen, sind aber nicht so sehr hinter dem Geld her wie die beiden zuvor genannten Gruppen (vielleicht, weil sie schon so viel davon haben), wollen eine liberale, offene und tolerante Gesellschaft, streben eine solidarische Gesellschaft an, sind stärker als andere zu finanziellen Opfern für die Sicherung der Sozialsysteme bereit und haben bei der letzten Bundestagswahl zu 38 % für die SPD, zu 29 % für die Grünen und zu 18 % für die Linkspartei gestimmt. Von denen wird die SPD mehr auf ihre Seite ziehen wollen.

Auch das "**engagierte Bürgertum**" (10 %; im Westen 11 %, im Osten 6 %), ebenfalls den oberen Schichten entstammend, orientiert sich an diesen Werten, ist aber mit der großen Koalition zufriedener als die kritischen Bildungseliten und hat zu 44 % SPD und zu 15 % die Grünen gewählt – die muss die SPD sich warm halten.

"Mitte"

So weit das "obere Drittel" der Gesellschaft. In der Mitte machte die Studie die "**zufriedenen Aufsteiger**" (13 %; West 14 %, Ost 8 %) aus. Sie kommen aus einfachen Verhältnissen und haben einen Aufstieg in die Mittelschicht geschafft, haben ein leicht überdurchschnittliches Einkommen und sind mit sich und dem Staat zufrieden. Ihre langfristige Parteineigung gilt eher der Union – nicht so interessant für die SPD.

Die Angehörigen der "**bedrohten Arbeitnehmerrunde**" (16 %; im Westen 15 %, im Osten 18 %) zählen ebenfalls zur Mittelschicht, haben aber ein leicht unterdurchschnittliches Einkommen und haben häufiger als andere Angst, ihren Lebensstandard nicht halten zu können und wünschen sich einen regulierenden Staat, der eine umfassende soziale Absicherung garantiert. Sie haben zu 44 % SPD gewählt, doch in ihrer Gruppe hat die Linkspartei an Zustimmung gewonnen – die will die SPD zurückgewinnen.

"Unten"

Die "**selbstgenügsamen Traditionalisten**" werden in der Studie der unteren Schicht bzw. unteren Mittelschicht zugerechnet, von der FES zum "unteren Drittel" der Gesellschaft gezählt. Sie stellen 11 % der Gesellschaft (im Westen 12 %, im Osten 10 %), haben ein weit unterdurchschnittliches Einkommen und fühlen sich stark verunsichert. Unter ihnen ist der Anteil der Nichtwähler groß; ihre Parteibindung gilt vorrangig der Union.

Anders die "**autoritätsorientierten Geringqualifizierten**" (7%; im Westen 7 %, im Osten 5 %), denen es ebenso schlecht geht und die ebenso große Zukunftsangst haben: Sie haben zwar bei der letzten Bundestagswahl mehrheitlich die Union und die FDP gewählt, ihre langfristige Parteineigung gilt allerdings eher der SPD. Hier liegt ein Feld, das zu beackern sich für die SPD lohnt.

Das "**abgehängte Prekariat**" mit 8 % der Bevölkerung (4 % im Westen, 25 % im Osten) war dem untersuchenden Institut eine Wortneuschöpfung wert. "Prekariat" ist abgeleitet

von "prekär", was "unsicher", "heikel" und "schwierig" bedeutet. Es ist die gesellschaftliche Gruppe, der es wirklich beschissen geht; ihre Angehörigen sind ohne Erwerbseinkommen und ohne Aussicht, wieder Arbeit zu finden, oder sie haben Niedriglohnjobs – abgehängt eben. Diese Gruppe stellte bei der letzten Bundestagswahl den höchsten Nichtwähleranteil; 26 % von ihnen haben die Linkspartei, 6 % die Nazis gewählt, und ihre langfristige Parteineigung gilt vor allem der Linken. Abgehängt ist dieses "politische Milieu" nicht nur vom gesellschaftlichen Leben, sondern auch von der SPD.

Von der SPD abgehängt

Die gegenwärtige Mindestlohndebatte, die wir im Fernsehen und in den Zeitungen verfolgen können, wäre vor der Veröffentlichung der Studie undenkbar gewesen. Damals hat die SPD solche Forderungen und Ideen weit von sich gewiesen. Heute streitet sie sich innerhalb der großen Koalition mit dem Partner CDU/CSU heftig um dieses Thema, will wenigstens ein Gesetz gegen sittenwidrige Löhne durchsetzen und erwähnt auf einmal häufig, dass ein Mensch, der acht Stunden am Tag arbeitet, von seinem Lohn doch leben können soll. Das zielt auf die "bedrohte Arbeitnehmerrunde" und die "autoritätsorientierten Geringqualifizierten". Und die kleine Rentenerhöhung, die sie ankündigt, soll die Gruppe der "selbstgenügsamen Traditionalisten", die mehrheitlich aus Frauen und zu großen Teilen aus Rentnerinnen besteht, wieder stärker an die SPD binden.

Doch eine Verbesserung der Lage der Langzeitarbeitslosen, etwa eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes II, ist für die SPD kein Thema. Und auf lokaler Ebene hat die SPD den politischen Schlenker von Münze und Genossen mitgemacht: Anders lässt sich z.B. Eberhard Menzels Auftritt bei der Arbeitsloseninitiative im Januar (der Gegenwind berichtete darüber im der Ausgabe 224) nicht deuten.

Quer durch alle Schichten

Neben der Erkenntnis der Drittelung unserer Gesellschaft und der Ermittlung der politischen Milieus förderte die FES-Studie weitere interessante Ergebnisse zutage: So wurde festgestellt, dass seit 1976, als 85 % der Deutschen sich einigermaßen fest einer Partei zugeneigt zeigten, die Parteibindung der WählerInnen bis 2006 auf 53 % gesunken ist. Da lohnt es sich zu untersuchen, an wen man sich mit seiner Politik und seinem Programm wenden muss.

Das war wohl u.a. auch ein Interesse der LAW an der Beschäftigung mit dieser Studie. Und die Tatsache, dass nicht nur die, die aus dem gesellschaftlichen Leben mehr und mehr ausgegrenzt werden und immer mehr in die Armut getrieben werden, links gewählt haben, sondern auch "Bessergestellte", die eine gesellschaftliche Veränderung nicht deshalb anstreben, weil sie sie für ihr eigenes Überleben brauchen, sondern einfach deswegen, weil sie gerecht ist, zeigt sich ja auch daran, wer LAW-Veranstaltungen besucht und interessiert mitdiskutiert.

Sehr interessiert nahmen die Teilnehmer der Veranstaltung die allgemeinen Erkenntnisse aus der Studie zur Kenntnis, so ganz besonders das Ergebnis, dass 83 % aller Befragten die soziale Gerechtigkeit als "sehr wichtig" bzw. "wichtig" bewerteten – so sieht es auch die LAW als WählerInnengemeinschaft für Soziale Gerechtigkeit. □

Planfeststellungsbeschluss JadeWeserPort

(Schutzgemeinschaft JadeRegion/jt) Am 20.03.2007 wurde der Planfeststellungsbeschluss JadeWeserPort in Aurich – mit über 2 Jahren Verspätung - feierlich an den niedersächsischen Wirtschaftsminister Walter Hirche übergeben.

Sicher ist es heute noch nicht möglich, diesen Beschluss inhaltlich in Gänze, d. h. über die gesamten 1218 Seiten zu beleuchten. Wir möchten aber schon einmal an einigen kleinen Beispielen verdeutlichen, was man sich unter einem Beschluss vorstellen muss, der von einer unabhängigen Behörde nach bestem Wissen und Gewissen in 2 1/2 Jahren erstellt wurde.

Beispiel 1: Wir erinnern uns

Ein von der Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung (WHV) beauftragter Gutachter, Dipl. Ing. Günter Baak, ermittelte, dass von den Möglichkeiten her eine ca. 12 Kilometer lange Kaimauer – zwischen Hooksiel und der 4. Einfahrt - gebaut werden könne. Diese Angabe und die Zahl von 24 Liegeplätzen für Großcontainerschiffe wurde ungeprüft von der Presse aufgegriffen und floss unesehen in diverse Folgegutachten ein. Hochgestellte Persönlichkeiten wie der Nds. Ministerpräsident Wulff trauten solchen Gutachten offenbar mehr als ihren eigenen Augen, denn sonst hätten sie sehen müssen, dass diesen Ausbaumöglichkeiten fünf Umschlagbrücken für Rohöl, Kohle, Raffinerieprodukte und Chemikalien im Wege stehen.

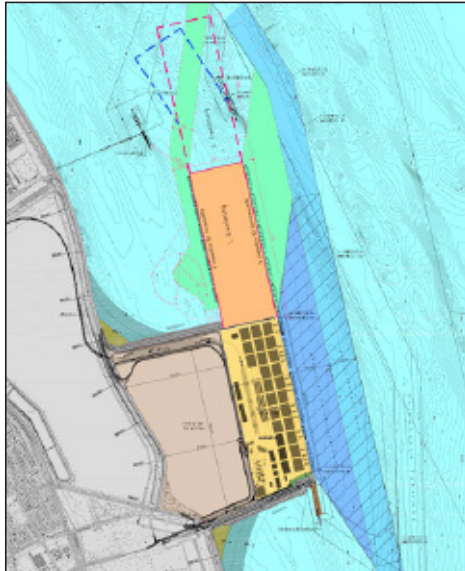


Ungeachtet dieser und vieler weiterer Ammenmärchen wurde der JWP politisch abgesegnet.

Entsprechende Einwände im Planfeststellungsverfahren wurden vom Vorhabens-träger mit der Begründung abgewürgt, man habe nur einen Terminal mit 1.750 Metern Kaikante beantragt - und die Genehmigungsbehörde schwieg dazu.

Doch lt. Planfeststellungsbeschluss ist der Vorhabensträger von der „...denkbaren Ausbaulänge von bis zu 10,4 km des Westufers der Jade...“ entsprechend 24 Großliegeplätzen abgerückt, und die Genehmigungsbehörde macht sich das in ihrem Planfeststellungsbeschluss wiederum zu eigen: „Das so ermittelte Ausbaupotential hat der Träger des Vorhabens zwischenzeitlich überdacht und alternativ eine aktualisierte Betrachtung der Erweiterungsmöglichkeiten aufgestellt, die eine Gesamtkajenlänge von 8575 m ermöglichen würde.“

Immerhin räumt die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest (WSD) als Genehmigungsbehörde ein, dass die Wilhelmshavener Raffinerie (WRG) davon 'erkennbar betroffen' ist! Keinen Gedanken verschwendet sie



Erweiterungsplanung JWP (aus Planfeststellung)

jedoch darauf, wie die Schiffs-liegeplätze an der Landseite des verlängerten Terminals von Schlick- und Sandeintreibungen frei gehalten werden sollen. Man muss kein Wasserbaufachmann sein, um mit einem Blick zu erkennen, dass der mit dem Flutstrom in das von drei Seiten umschlossene Becken eingetriebene Sand nicht mehr vom Ebbstrom heraus transportiert werden kann – baggern ohn' Unterlass?

Beispiel 2: Voll abgeladen

Zwar bemüht sich das Gespann aus Vorhabensträger und Genehmigungsbehörde langatmig, die Erforderlichkeit eines deutschen Tiefwasserhafens für Großcontainerschiffe zu bekräftigen. Mit Belegen ist es aber mau. Die beiden können mit nichts weiter aufwarten als einer am Thema vorbeigehenden Feststellung des für den JWP arbeitenden Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) und einem sibyllinisch gehaltenen Pressezitat:

„Dem mehrfach vorgetragenen Einwand, dass in Fahrt befindliche Großcontainerschiffe die deutschen Häfen ohnehin nicht soweit als möglich abgeladen anlaufen würden, ist entgegenzuhalten, dass diese aufgrund der bestehenden Restriktionen vorher leichtern oder später voll abgeladen werden. Nach Ermittlung durch ISL sind diese Schiffe auf langen Strecken insbesondere von Europa ausgehend voll abladen. In der Regel erreichen die Schiffe bereits bei einem in deutschen Häfen auftretenden Durchschnittsgewicht von 11 t pro TEU der geladenen Container und halben Vorräten eine Auslastung ihrer Tragfähigkeit von 90 bis 100 %. Bei vollen Vorräten (einschließlich Ballastreserve) wird häufig der volle Abladetiefgang erreicht, bevor die maximale Stellplatzkapazität erreicht wird. Ein konkretes Beispiel dafür aus jüngerer Zeit ist die Handhabung durch Hapag-Lloyd. Die „Colombo Express“, die einen Maximaltiefgang von 14,6 m aufweist, kann Hamburg nur tideabhängig mit 13,5 m anlaufen. Dies wird von der Reederei

dahingehend kommentiert: 'Wir haben den Fahrplan auf die Lage ausgerichtet, laden in Southampton Container aus und Richtung Asien in Rotterdam zu'."

Dass Großcontainerschiffe „...von Europa ausgehend voll abgeladen“ auf lange Fahrt gehen, ist soweit richtig. Falsch ist dagegen die offensichtliche Schlussfolgerung der Genehmigungsbehörde, dass diese Schiffe von Hamburg oder Bremerhaven voll abgeladen abfahren. Auch der Hinweis, dass die Schiffe bei „... vollen Vorräten (einschließlich Ballastreserve)...“ häufig den vollen Abladetiefgang erreichen, ist wenig überzeugend. Denn Ballastwasser, das auf See dazu benötigt wird, dass das Schiff durch die Tiefertauchung eine höhere Geschwindigkeit erreicht, kann auf Elbe und Außenweser soweit wieder abgelentzt werden, bis der Tiefgang die Beschränkungs-marke erreicht hat.

Auch die Anführung einer dem Hamburger Abendblatt entnommenen Erklärung der Reederei Hapag-Lloyd ist kein eindeutiger Beleg dafür, dass es sich beim Löschen in Southampton um eine Leichterung gehandelt hat bzw. das Zuladen in Rotterdam auf die Tiefgangsrestriktion auf Elbe oder Weser zurückzuführen war. In der Regel läuft es so, dass die Schiffe der Ladung folgen müssen. Wenn die Reeder ihr Schiff mit Ladung auslasten wollen, müssen sie bei ihren Fahrplänen auch Rücksicht auf die vielfältigen Logistikgeflechte von Spediteuren, Agenturen und Hafenumschlagsgesellschaften nehmen. Deshalb sind sie gezwungen, in der Nordrange mehrere Häfen zum Laden und Löschen anzulaufen.

Beispiel 3: Umschlagsystem

Die WSD stellt im Beschluss fest, dass in Wilhelmshaven mit dem halbautomatischen Umschlagsystem mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, als es in Cuxhaven mit dem automatischen System der Fall sein würde.

Das ist doch mal eine Aussage der WSD. Leider, und das wird sicherlich nur vergessen worden sein, wird der Beschluss nicht auf einen Hafen mit einem solches System begrenzt. Vielleicht ist der WSD aber auch eingefallen, dass das Umschlagsystem nicht Gegenstand des Verfahrens ist und der zukünftige Betreiber also auch ein automati-



Die SRJ setzt sich für die Menschen und die Umwelt zwischen Jade und Weser ein. Ziel dieser Schutzgemeinschaft sind Umwelt- und Naturschutz sowie die Förderung der Lebensqualität der Bürger. Die SJR sieht sich nicht als Konkurrenz zu den bestehenden Umweltverbänden, sondern will ihre Arbeit ergänzen und als Informationsbörse zur Verfügung stehen. Auch will die SJR die Akteure in der Region zum gemeinsamen Gespräch auffordern und Berührungspunkte abbauen. In der Region rund um den Jadebusen wird zur Zeit an vielen Projekten gearbeitet. Dabei ist immer ein Widerstreit zwischen Mensch, Natur und Wirtschaft zu beobachten. Hier will die SJR lenkend, nicht verhin-dernd tätig werden und durch einen offenen Meinungsaustausch Zielkonflikte lösen.

sches System nutzen könnte. Die Aussagen der WSD sind daher für einen Planfeststellungsbescheid gegenstandslos und ergeben keinen Sinn.

Beispiel 4: Alle Vögel noch da?

Auf der Seite 567 führt die WSD dazu folgendes aus: *“Unter Berücksichtigung der Schallschutzwand ist die Planfeststellungsbehörde sicher, dass das Projekt sich nicht nachteilig auf des betreffende Gebiet als solches auswirkt. Von der Erhaltung des von den zuständigen Behörden als günstig bewerteten Erhaltungszustandes der wertgebenden Vogelarten und ihrer Lebensräume ist nach Auffassung der Planfeststellungsbehörde jedenfalls unter Berücksichtigung der abschirmenden Wirkung der beantragten Lärmschutzwand auszugehen.”*

Da freuen sich Rohrdommel und Blaukelchen. Aber nicht lange, denn diese eindeutige Aussage wird gleich wieder zurückgenommen: *“Andererseits erachtet die Planfeststellungsbehörde es als sinnvoll, die bestehenden Erkenntnislücken über Begleituntersuchungen zu schließen. Dies ist möglich, sofern der Träger des Vorhabens die Schallschutzwand nicht errichtet..”*

Der Träger des Vorhabens kann also entweder die als einzig sichere Schutzmaßnahme erforderliche Schallschutzwand erstellen oder aber auch nicht. Wir leben halt in einem freien Land. Wofür sich der Vorhabensträger entscheidet, dürfte klar sein. Er baut keine Wand und zählt hin und wieder – Monitoring – ob noch alle Vögel da sind. Ist das nicht der Fall, muss die Wand gebaut werden. Was aber, wenn durch den extremen Lärm alle Vögel verschwecht sind? Wird die Lärmschutzmaßnahme dann gänzlich überflüssig?

Die Vögel des Voslapper Grodens wären beinahe vor dem Schienenlärm geschützt worden und haben das Ziel nur knapp verfehlt.

Anders ist es bei den Menschen. Für diejenigen Bürger, die in der Nähe der Schienen und Straßenverbindungen wohnen, hat die WSD nicht einmal darüber nachgedacht, ob es zu laut werden könnte. Weder an der zukünftigen Bahnstrecke noch am Autobahnzubringer steht den Bürgern irgendein Schutz zu – PUNKT.

Besser noch die Argumentation bezüglich der Lärmwerte an der Voslapper Grundschule. Hier wird, so wörtlich *“die Forderung nach Lärmschutzmaßnahmen für das Schulgebäude mangels Rechtsgrundlage abgelehnt.”*

Bekanntlich wird eine Rechtsgrundlage dadurch geschaffen, dass irgendjemand – vielleicht die WSD – irgendwann eine solche Forderung anerkennt. Da aber die WSD, wie auch alle Behörden vor ihr, keine Rechtsgrundlage geschaffen hat, wird es auch nie eine geben. Das ist doch perfekt organisiert. Nun könnte eine Klage Abhilfe schaffen. Klageberechtigt sind jedoch nur persönlich Betroffene. Die sind aber in einem Alter, in dem man sowas nicht darf.

Beispiel 5: Kraftverkehr

Schon heute breitem Lastwagenkolonnen durch die Flutstraße in Voslapp. Diejenigen Einwander, die verhindern wollten, dass auch noch der Baustellenverkehr JWP durch den Ort fährt, werden von der WSD wie folgt abgehandelt: *“Zugleich hat der Träger des Vorhabens dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm beauftragten Bautransporte im Rahmen des Möglichen nicht durch Wohngebiete verlaufen.”*

Wer den Rahmen des Möglichen festlegt, dürfte klar sein. Das sind nicht die betroffenen Bürger, sondern der Bauherr und der LKW-Fahrer. Wenn die WSD den Bürger im Stich lassen wollte, ist ihr das vorzüglich gelungen. Aber vielleicht gründen die Voslapper ja eine “Bürgermiliz” und legen das selber fest?!

Beispiel 6: Ausgeglichen

Jeder weiß, dass es keine Baumaßnahme gibt, bei welcher nicht auch etwas verloren geht. Und wenn es sich darum handelt, dass Natur verloren geht, muss ausgeglichen werden.

Wie dies im Falle des JWP geschieht ist, für die WSD klar: *“In geeigneter Weise.”*

Eine geeignete Maßnahme ist dabei z.B. die Ersatzzahlung gem. § 12 b BNatG, § 19 Abs. 4 BNatSchG in Höhe von 1.428.500 Euro, welche für die Nichtausweisung einer fischereifreien Zone gezahlt werden muss.

Böse gedacht: Das Land Niedersachsen als Träger des Vorhabens zahlt 1,4 Mio. Euro an den landeseigenen Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), also an sich selbst.

Ansonsten sieht die WSD in keinem Einwanderfall bezüglich Naturzerstörung ein Problem.

Häufig findet sich der Satz: *“Der Träger des Vorhabens hat die Verträglichkeit des Vorhabens im Sinne des § 34 BNatSchG ... als schadensbegrenzende Maßnahme nachgewiesen.”*

Demnach hat der Vorhabensträger den Schaden begrenzt. Das würde ja auch in Ordnung sein.

Aber dann kommt: *“Auf die schadensbegrenzende Maßnahme kann verzichtet werden, solange Begleituntersuchungen keine vorhabensbedingten erheblichen Beeinträchtigungen des Vogelschutzgebietes im Sinne des § 34 Abs.2 BNatSchG ergeben. Der Träger des Vorhabens hat insoweit ein Wahlrecht.”*

Da haben Bürger, die lediglich einen alten Baum im eigenen Garten absägen wollen, erheblich mehr Schwierigkeiten zu erwarten. Oder?

Beispiel 7: Hoher Stellenwert

Auch das Erholungsgebiet Geniusbank hat die WSD beschäftigt. Sie sagt dazu: *“Der Planfeststellungsbehörde ist bewusst, dass dieser im Hinblick auf die Erholungs- und Freizeitnutzung einen hohen Stellenwert sowohl für die Wilhelmshavener Bevölkerung als auch Freizeitgäste im dortigen Bereich besitzt.”*

Das ist doch sehr aufmerksam von der WSD.

Viele Bürger wohnen hier an der Küste, weil sie gerade diese Erholungsgebiete suchen. Sie zahlen viel Geld für Häuser in direkter Nähe zum offenen Meer, viel Geld für Voslapper Siedlungen.

Doch nach der Anerkennung als Erholungsgebiet mit hohem Stellenwert kommt dann gleich der Tiefschlag: *“Die Auswirkungen auf die Erholungsfunktion werden als nicht erheblich bewertet. Auch insoweit räumt die Planfeststellungsbehörde den dargestellten Erwägungen, die für das Vorhaben sprechen, den Vorrang ein.”*

Beispiel 8: Kein Bedarf?

Auf Seite 1190 macht es sich die WSD

dann besonders einfach.

Hier heißt es: *“Die Planfeststellungsbehörde geht weiterhin davon aus, dass die Fragen der durch die Einwander E 1126 und E 1156 vertretenen Bürgerinnen und Bürger zu Einzelheiten der Lärmschutzwand in dem Erörterungstermin am 06.06.2006 geklärt wurden, da auf Frage der Planfeststellungsbehörde kein weiterer Erörterungsbedarf gesehen wurde..”*

Natürlich haben die Einwander keinen weiteren Bedarf gesehen. Aber nicht, weil es keine weiteren Fragen gab, sondern weil der Vorhabensträger keine Antworten mehr geben wollte. Aus den Wortprotokollen geht dies über Stunden eindeutig hervor. Der Vorhabensträger hatte nie vor, die Einwände der Bürger in ihre Überlegungen einzubeziehen.

Interessant wird es dann ab Seite 1203. Diesen Text müsste man eigentlich komplett abdrucken, was aber natürlich nicht geht. (Der interessierte Einwander kann sich übrigens ein gedrucktes Exemplar des Beschlusses von der WSD in Aurich kostenfrei zusenden lassen)

Da werden von der WSD die üblichen Propagandatekte wie Größenentwicklung und Tiefgänge, Arbeitsplätze, Kapazitätsknappheit usw. abgedruckt.

Die WSD gibt z.B. an: *“Der Jade Weser Port erzeugt eine erhebliche Zahl direkter und indirekter Arbeitsplätze. Zusätzlich führt das Gesamtinvestment von ca. 1 Mrd. Euro zu wirtschaftsfördernden Impulsen.”*

Ob die WSD weiß, dass selbst die Befürworter ihre Angaben über mögliche Arbeitsplätze von mehreren Tausend auf einige Hundert reduziert haben? Dass sogar eine Studie aus Befürworterkreisen zu dem Schluss kommt, dass es sich nur um einen Umschlaghafen fast ohne Wertschöpfung handelt?

Wenn die Eurogate im Jahr 2010 tatsächlich viele Hundert zusätzliche Mitarbeiter benötigen würde, müsste schon heute die Ausbildung beginnen. Die Eurogate meldete jedoch, lediglich 20 Azubis für den JWP ausbilden zu wollen. Das spricht doch eine eindeutige Sprache, die selbst von der WSD hätte verstanden werden müssen.

Fazit:

Nach 1. Lesung kann der aufmerksame Einwander nur zu einem Ergebnis kommen: Die WSD stellt sich zu 100 % auf die Seite des Vorhabensträgers und akzeptiert jede gutachterliche Aussage, wenn diese von Gutachtern kommt, die der Vorhabensträger bezahlt hat. Andere Gutachten, z.B. von Umweltverbänden, werden in keinem Punkt herangezogen.

Auch beantwortet dieser Beschluss seit langem gestellte Fragen:

“Wie können Behörden Autobahnbrücken genehmigen, an welche nie eine Autobahn angeschlossen wird?” oder “Wie können Bahntrassen bebaut werden, die im Nichts enden?” oder auch “Wie kann man weitere Flussbegradigungen genehmigen, wenn schon lange bekannt ist, dass dies zu weiteren Katastrophen führt?”

Jetzt ist die Antwort endlich klar geworden. Ihnen auch?

Doch eine neue Frage stellt sich: Warum vergehen mehr als zwei Jahre, wenn man lediglich alle Einwanderungen mit dem Nachsatz versehen muss: *“Die Forderung wird abgelehnt. Es besteht kein Anspruch...”*? □



Aus der Schule geplaudert

Busemann ist doch immer wieder für eine Schlagzeile gut

Schon wieder! Dieser Vernor Muñoz! Vor einem Jahr schon hat er an unserem deutschen Schulwesen rumgemäkelt und es besser gewusst als unsere Experten, und jetzt zert er uns doch glatt vor die Menschenrechtskommission. Das deutsche Schulwesen benachteiligt Kinder aus den unteren Schichten der Bevölkerung und aus eingewanderten Familien. Wenn man sich anschaut, welche Kinder auf welcher weiterführenden Schule sind, dann ist das so offensichtlich, dass man sich fragt, warum jemand so eine simple Erkenntnis überhaupt groß erwähnt. Aber Vernor Muñoz ist ja Ausländer und kann deshalb nicht wissen, wie so etwas in Deutschland läuft. Es läuft nämlich so:

1. Man behauptet, dass etwas so oder so ist.
2. Man richtet alles so ein, dass es dann auch so wird, wie man behauptet hat, dass es ist.
3. Man zeigt auf das Ergebnis und sagt "Siehste – Recht gehabt!"
4. Wenn dann noch jemand meckert, sagt man, dass der doch keine Ahnung hat.

Wir haben in Deutschland das dreigliedrige Schulsystem. Länder, in denen die Kinder länger, etwa bis zur 10. Klasse, gemeinsam unterrichtet werden, haben schlauere Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene als Deutschland. Da läge es nahe, darüber nachzudenken, ob die Misserfolge unserer Versuche, unsere Kinder zu bilden, vielleicht an der Dreigliedrigkeit unseres Schulwesens liegen könnten.

Nun haben wir in Niedersachsen nach dem Regierungswechsel 2003 die Situation noch weiter verschlechtert, indem wir die Selektion der Kinder um zwei Jahre vorverlegt haben. Das haben wir als "Schulreform" bezeichnet, und deswegen hat es gut zu sein. Da soll uns nur keiner kommen und sagen, dass es nicht gut ist! Wir wissen das nämlich besser! "Wenn man zehn Tage durch Deutschland reist, kann man sich kein Bild von der Effizienz des Bildungssystems machen", so zitiert die "WZ" vom 27.02.07 den niedersächsischen Kultusminister (kurz Kumist) Bernd Busemann. Vielleicht aber, wenn man schon immer in Deutschland wohnt und diese Effizienz in seiner Umgebung tagtäglich erlebt? "Personalchefs in deutschen Unternehmen vermissen bei Schulabgängern vor allem Allgemeinwissen, wirtschaftliches Grundwissen und ausreichende Kenntnisse in Deutsch und Mathematik", berichtete die "WZ" am 07.03.07 über eine Studie, in der auch festgestellt wurde: "Ein Viertel der Personalchefs bemängelt das Fehlen sozialer Kompetenzen wie Verlässlichkeit, Selbstständigkeit und Hilfsbereitschaft."

Kumist Busemann setzt auf andere Ziele: "Schüler sollen sich durchboxen", titelt die "WZ" am 16.02.07. Boxen als Schulsport ist in, und auch wenn Busemann das mit dem Durchboxen anders gemeint hat – die Schüler und ihre Eltern verstehen es schon richtig. Und durchboxen müssen sich die Schüler seit der "Schulreform" in Niedersachsen schon in der Grundschule.

Nach der Vorverlegung der Selektion für den

künftigen Schulbesuch ist der Druck schon bei den ganz Kleinen eingekehrt. Eine Drittklässlerin brachte jüngst eine Klassenarbeit nach Hause, in der ein nicht so ganz ordentlich geschriebener Buchstabe unterstrichen und mit der Randbemerkung versehen war: "In Zukunft gilt das als Fehler." Was denkt ein neunjähriges Mädchen, wenn es seine Leistung so honoriert sieht?

Die Lehrkräfte an den Grundschulen sollen die Auswahl treffen, welches Kind zur Hauptschule, welches zur Realschule und welches zum Gymnasium gehen darf. Irgendeine Ausbildung, die sie befähigen würde, bei sieben- bis zehnjährigen Kindern vorauszusagen, welche intellektuellen Kapazitäten sie später entwickeln werden (z.B. eine Ausbildung zur Hellseherin?) bekommen sie nicht. Ihre Kolleginnen von den aufgelösten Orientierungsstufen, die diese Spökenkiererei jahrelang bei älteren Kindern betrieben haben und darin im Laufe der Jahre einige Routine erworben haben, sind auf Haupt- und Realschulen und Gymnasien verteilt worden. Wie kommen die Grundschullehrerinnen, deren Aufgabe früher nur darin bestand, ihre Kinder zu unterrichten und zu fördern, damit zurecht? Die meisten von ihnen wissen, dass es unmöglich ist, bei Kindern in so zartem Alter gültige Voraussagen zu treffen, was sie einmal leisten werden; dafür sind Kinder zu unterschiedlich in ihrer Entwicklung, und viele, die am Anfang große Lernschwierigkeiten haben, machen, wenn man sie in Ruhe lernen und probieren lässt und ihnen die erforderlichen Mittel und die notwendige menschliche Wärme anbietet, irgendwann einen großen Sprung nach vorn, während andere, denen am Anfang alles leicht fällt, vielleicht später, wenn der Stoff anspruchsvoller wird, gar nicht mehr so gut klarkommen.

Und dann sollen die Lehrkräfte der Grundschulen noch mehr tun, wofür sie nicht ausgebildet wurden. Der niedersächsische Legasthenieerlass vom November 2005, seinerzeit als großer Durchbruch gefeiert (jedenfalls vom Kumist selber), erweist sich mittlerweile als böse Falle. Die Lehrkräfte an den Grundschulen sollen den Lese- und Schreiblernprozess der Kinder sorgfältig beobachten (haben sie das früher nicht auch gemacht?) und eventuelle Lernschwierigkeiten feststellen. Damit wird ihnen die Last der Diagnose aufgelegt über eine Störung, von der sie im Normalfall an der Hochschule bestenfalls flüchtig etwas gehört haben. Das führt dann zu Blüten wie z.B. der Situation, dass eine Grundschullehrerin über eine Zweitklässlerin sagt, das Kind sei nicht legasthen, sondern könne dies und das und jenes nicht (Aufzählung einer Reihe von legasthenen Symptomen). Und das wiederum führt dazu, dass "erfahrene" Eltern (solche nämlich, die auch ein älteres Kind mit einer Lese-/Rechtschreibstörung haben – wegen der genetischen Mitbedingtheit dieser Störung häufen sich diese "Fälle" in manchen Familien, während sie woanders gar nicht vorkommen) den Eindruck haben, die Situation vor 2005 (ohne Erlass) sei für die Kinder besser gewesen als jetzt (mit Erlass). Da haben die meisten Lehrkräfte nämlich gar nicht erst versucht, diagnostische Aussagen zu treffen, haben sich auf die Diagnose von Fachleuten verlassen und – so gut es ging – getan, was ihnen geraten wurde, um den Kindern zu helfen.

Aber unser Kumist sieht all das ganz anders. Und als gelehrter Jurist muss er ja über Pädagogik

bestens Bescheid wissen! Er traut den LehrerInnen alles zu (was diese selber sich nicht so ohne weiteres zutrauen würden): "Lehrer schätzen Schüler meistens richtig ein", lautet die Überschrift eines Artikels in der "WZ" vom 06.03.07, in dem Busemann das dreigliedrige Schulsystem verteidigt und meint, dass die Eltern den Schullaufbahneempfehlungen vertrauen könnten.

Das tun die Eltern jedoch nicht, und so kommt es, dass die Hauptschule "kaum gefragt" ist, wie aus der oben erwähnten Studie hervorgeht: "Nur noch zehn Prozent aller Kinder und Jugendlichen, die allgemeinbildende Schulen besuchen, lernen derzeit an einer Hauptschule." ("WZ", 07.07.07)

"Weniger Belastung für Schulleiter", hieß es am 15.02.07 auf der Niedersachsenseite. Diese hatten über zuviel Arbeit geklagt und werden deswegen jetzt von einem Teil ihrer Unterrichtsverpflichtung entlastet. "Ausfallen der Unterricht soll aufgefangen werden", allerdings ohne dass mehr Lehrkräfte eingestellt werden. Man wird sehen, wie das gehen kann; angesichts der vielseitigen Begabungen der Lehrkräfte können diese sich ja vielleicht auch demnächst zerreißen und in zwei Klassenräumen gleichzeitig unterrichten.

Die niedersächsischen Eltern vertrauen darauf allerdings nicht so unbedingt. Laut "WZ" vom 23.02.07 will eine Volksinitiative die Landesregierung dazu zwingen, Lehrkräfte einzustellen und die Unterrichtsversorgung zu verbessern.

In Wilhelmshaven fallen Hunderte von Unterrichtsstunden aus, stellt die "WZ" vom 22.03.07 fest. Zwar liegt die Versorgung der Schulen mit Lehrerstunden rein rechnerisch nahe 100 %, doch der Krankenstand macht einen Strich durch diese Rechnung. "Wir brauchen rechnerisch 110 Prozent, um eine 100prozentige Versorgung zu erreichen", so zitiert die "WZ" im Artikel "Schulen können Lücken nicht füllen" den Stadtteilernratsvorsitzenden Bernd Rahlf.

Aber nein, in Niedersachsens Schulen steht alles zum Besten! Wir haben doch die Schulinspektion eingeführt! Die Schulen bekommen (angekündigten!) Besuch von eigens dafür ausgebildeten Schulinspektoren und werden benotet. "Schlechte Noten für jede 20. Schule" ("WZ" vom 13.02.07) – das geht ja noch. In einer Schulklasse bekommt bestimmt mehr als jeder 20. Schüler schlechte Noten!

"Endlich wieder Frontalunterricht!", stoßseufzte ein Wilhelmshavener Realschüler nach dem Besuch der Schulinspektoren an seiner Schule. Dort war im Vorfeld der Überprüfung alles getan worden, um einen guten Eindruck zu machen. Alles pädagogisch Mögliche war vorher eingeübt worden, damit die Inspektoren zufrieden sein sollten. Gruppenunterricht, Gruppenunterricht, Gruppenunterricht, damit die SchülerInnen während der Inspektion wussten, wie man sich im Gruppenunterricht richtig verhält. Das musste gründlich geübt werden, denn normalerweise ist das dort nicht üblich. Das Training hat sich allerdings gelohnt, die Schule hat gute Noten bekommen. Dass ein jüngerer Schüler sich verplapperte und den Inspektoren verriet, dass das, was sie hier erlebten, normalerweise nicht stattfindet und "extra für Sie" inszeniert wurde, schmälerte die Bewertung zum Glück nicht. Und zur Erholung für alle Beteiligten gibt es jetzt endlich wieder den gewohnten Frontalunterricht.

Anette Nowak

Solidarität stärkt das Immunsystem

Macht Arbeitslosigkeit krank? Nicht unbedingt!

(noa) Mal ganz anders als sonst war die Monatsversammlung der Arbeitslosensinitiative Wilhelmshaven/Friesland am 13. März. Johann Janssen, Mediziner und LAW-Ratsherr, war eingeladen, um zum Thema "Macht Arbeitslosigkeit krank?" zu sprechen, aber er hat "das Thema verfehlt", wie er selbst sagte, und trug stattdessen seinen "Therapieansatz für einen Hartz IV-Empfänger" vor.

Selber ist er in den 36 Jahren seiner Tätigkeit als Arzt nie einen ganzen Tag wegen Krankheit der Arbeit fern geblieben. Seine gute Gesundheit schreibt er hauptsächlich der Tatsache zu, dass selbstbestimmte Arbeit weniger krank macht als abhängige Arbeit. Denn "nicht nur die Arbeitslosigkeit kann krank machen, sondern auch die Arbeit selbst." Und zwar körperliche eher als geistige, dann der Konkurrenz- und der Zeitdruck, die dauernde Angst vor der Arbeitslosigkeit, die Entfremdung von der Arbeit. Es ist wichtig, dass der Arbeitende sich selbst in dem von ihm geschaffenen Produkt wiedererkennt; das erhält ihn gesund. "Deshalb lassen die Airbus-Chefs die gebauten Maschinen gerne ab und zu über Varel kreisen, das verringert die Entfremdung vom Produkt für einen Moment und hat mit Sicherheit positive Auswirkungen auf die Arbeitsmoral und des gesamten Produktionsprozess."

Als er noch praktizierte, war seine zweite Frage an die PatientInnen (nach der Frage nach den Symptomen, die sie zu ihm geführt hatten) stets die nach ihrer beruflichen Tätigkeit, und diese Frage führte oft an den Kern der Krankheit heran: die Arbeitsbedingungen, die ungünstige Temperatur am Arbeitsplatz, falsche Kleidung, auch Mobbing; oft war es eine Flucht in die Krankheit, um Schlimmerem zu entgehen.

Angesichts dessen, dass die meisten von uns sich über ihre Arbeit definieren, erschüttert uns allein schon die Androhung von Arbeitslosigkeit: "Wir schlafen schlecht, wir essen schlecht und rauchen zuviel, wir trinken zuviel, wir gehen nach Haus und starren in den Fernseher. Darauf haben die Viren gewartet; sind wir emotional angeschlagen, greifen sie zu." Da wäre es gesünder, die Fahne der IG Metall zu bügeln und mit ihr zur Demonstration oder vor die Werktoie zu gehen, denn – "das ist wissenschaftlich bewiesen und hat sogar Einfluss auf die Sterbestatistik", betont Janssen – "ausgeübte Solidarität stärkt das Immunsystem."

Und so versetzt er sich in einen Hartz IV-Betroffenen, der befürchtet, keine Ruhe mehr zu bekommen, sich aber eines Abends hinsetzt und nachdenkt. Er erinnert sich, dass ihm das regelmäßige Aufstehen früher, als er noch gearbeitet hat, gut getan hat, dass er jetzt träge geworden ist. Soll er ein Ehrenamt annehmen? – nein, die nutzen mich aus – sich politisch engagieren? – aber ein Alster im Parteilokal kostet 2,50 €, und dauernd soll man etwas spenden – Zeitung lesen, um sich zu informieren? – aber die Zeitung ist zu teuer... Was braucht er eigentlich? Erstens Geld und zweitens Anerkennung!

Die Montagsdemos sind gerecht, dafür wird er sich jetzt engagieren, das ist ja nur eine Stunde in der Woche. Und sonst? Vielleicht ist die Arbeitslosigkeit ja auch eine Chance? Er gräbt den Rasen hinter dem Haus um und pflanzt Kartoffeln und Petersilie an, zusammen mit dem Nachbarn, der sich aufs Gärtnern versteht. Er gibt dem Enkel sei-

nes Nachbarn, der Schwierigkeiten in der Schule hat, Nachhilfe in Mathematik. Er hat immer noch viel Zeit und geht zum Tauschring. Da geht es nicht um Geld, sondern um Punkte, und er tapeziert die Wohnung für eine Frau, die das nicht alleine kann und bekommt seinerseits für die Punkte, die ihm das eingebracht hat, die Haare geschnitten; und ein Ehrenamt hat er mittlerweile doch angenommen.

Dass er bezahlte Arbeit bekommen wird, glaubt er mittlerweile nicht mehr. Er trifft sich mit Leuten von der Montagsdemo jetzt auch unter der Woche. Wenn er jetzt, mit all den Aktivitäten, die seine Zeit sinnvoll füllen, eine bezahlte Arbeit fände, würde es zeitlich eng. Vielleicht bringt die nächste Demo in Berlin ja endlich das garantierte Grundeinkommen...

Bis hierher waren Johanns Ideen sämtlich für jeden sofort umsetzbar; jetzt ging er in den Bereich der Zukunftsträume: Das Grundeinkommen ist durch, und mit einem bezahlten Job hätte unser Arbeitsloser nur 150 € mehr im Monat – da will er gar keinen mehr, denn er ist ausgefüllt – und gesund!

Natürlich gab es in der Diskussion von Janssens Vortrag auch reichlich Widerspruch. Dass Arbeitslosigkeit auch eine Chance sein könnte, dagegen wandte sich Ernst Taux ebenso vehement wie gegen Johanns These, dass Krankheit zum Leben dazugehört und unter Umständen ebenfalls eine Chance sein kann.

Zustimmung gab es von mehreren Teilnehmern für das Konzept, in der Zeit der Arbeitslosigkeit auf jeden Fall weiterhin tätig zu bleiben und die Zeit sinnvoll zu nutzen – "Ich muss etwas tun, um nicht zu versauern", bekräftigte einer und fuhr fort: "Die Maßnahme, die ich vom Job-Center aus machen muss, nimmt mir die Zeit für meine Bastelei und kostet Geld!"

Ein anderer, der schon lange erwerbslos ist, bestätigt, dass er mittlerweile eine bezahlte Arbeit gar nicht mehr haben will. Nur am

Anfang war es sehr schwierig, sich in der Arbeitslosigkeit einzurichten: Viele Bekannte wandten sich von ihm ab und verhielten sich, als sei Arbeitslosigkeit eine ansteckende Krankheit.

Und: "Es sind unsere Zwänge, die uns krank machen", wandte ein Teilnehmer ein.

Insgesamt litt die Diskussion darunter, dass alle, die etwas beitrugen, jeweils nur auf einen der vielen Aspekte, die im Vortrag beleuchtet worden waren, abhoben und ihn als den einzigen oder den einzig wichtigen behandelten. Aber wenn die ALI an dem Thema dranbleibt, wird auf Dauer die Betrachtungsweise sicherlich differenzierter werden. □

Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland



Die nächste öffentliche Versammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland findet am 10. April um 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Weserstraße 51 statt. Herr Dr. Pietzka von der VHS wird zu Gast sein.



Reparaturen aller Fabrikate
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Von allen ALI-Versammlungen, die ich bisher besucht habe, um darüber zu schreiben, war das die erste, in der Arbeitslosigkeit nicht ausschließlich als ein schlimmes Schicksal betrachtet, sondern als eine Lebenssituation, in der man sich einrichten kann, dargestellt wurde. Das fand ich befreiend. Wer weiß, ob jemand ohne Johann Janssens Vortrag so offen zugegeben hätte, dass er gar nicht mehr arbeiten gehen will? Die ständige Verunglimpfung von Arbeitslosen als Drückeberger und Schmarotzer, die regelmäßig wiederkehrenden Angriffe von Politikern auf die Höhe des Alg II, all das macht es schwierig, dazu zu stehen, dass man es auch ohne einen bezahlten Arbeitsplatz ganz gut aushalten kann. Dabei sollten wir froh sein, dass es Menschen gibt, die bereit sind, von ziemlich wenig Geld zu leben. Doch das, was diesen Menschen zum Leben zugestanden wird, ist einfach zu wenig.

Ein die Existenz sicherndes garantiertes und bedingungsloses Grundeinkommen, das Johann Janssen am Ende seines Vortrages thematisierte, ist notwendig. Und es wäre finanzierbar. Die gewaltigen Summen, die eingesetzt werden, um Erwerbslose zu kontrollieren und zu schikanieren, könnten stattdessen diesen selber zur Verfügung gestellt werden. Dieses viele Geld würde über deren Konsum zurückfließen in den Wirtschaftskreislauf und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern. Die Erwerbslosen wären, wenn sie ohne den Druck, sich ständig erfolglos zu bewerben oder an Maßnahmen teilnehmen zu müssen, die sie sinnlos finden, weniger krank und würden somit weniger Versicherungsgelder verbrauchen. Und eine Menge gesellschaftlich notwendige, aber sozial abgewertete Arbeit würde geleistet werden.

Anette Nowak



hartz IV und recht

Umso besser!

Das BSG-Urteil zu den Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Betroffene liegt endlich geschrieben vor

(noa) Die Kosten der Unterkunft für Bedarfsgemeinschaften nach dem Sozialgesetzbuch II sind ein Dauerbrenner nicht nur auf den Versammlungen der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland, sondern auch bei den Sozialgerichten. Jetzt wird sich einiges ändern müssen.

Auf der ALI-Versammlung am 9. Januar hatte Oberbürgermeister Eberhard Menzel gesagt, dass das, was über das Urteil des Bundessozialgerichtes vom 7. November 2006 in der Presse veröffentlicht worden war, die ALI-Position, das Job-Center müsse sich bei der Bewilligung der Kosten der Unterkunft an die Wohngeldtabelle halten, nicht bestätige. Damit hatte er Recht. Die Situation nach dem BSG-Urteil ist nämlich für die Betroffenen noch besser.

Aber der Reihe nach – auch für die, die unsere Berichterstattung nicht immer verfolgt haben:

Dauerbrenner KdU

Hartz IV sieht vor, dass Langzeitarbeitslose und ehemalige SozialhilfeempfängerInnen Hilfe zum Lebensunterhalt in Form eines Regelsatzes zuzüglich Kosten der Unterkunft und der Heizung, sofern diese angemessen sind, bekommen sollen. Und um die Frage der Angemessenheit dieser KdU geht seither der Streit auf allen Ebenen.

Zahlreiche Alg II-EmpfängerInnen hatten schon vor dem 1. Januar 2005 (damals noch von der Arbeitsagentur, denn die ARGE gibt es ja erst seit dem Inkrafttreten von Hartz IV) Post bekommen, mit der sie aufgefordert wurden, ihre Wohnkosten zu senken, indem sie z.B. in eine billigere Wohnung umziehen sollten. Und zahlreiche Leute, die erst nach dem 1. Januar 2005 Alg II-Fälle wurden, waren dann dran mit dem Umziehen. Es ist nicht zu ermitteln, wie viele arbeitslose Wilhelmshavener und Wilhelmshavenerinnen, die keine billigere Wohnung gefunden haben oder aus anderen Gründen nicht umgezogen sind, seither regelmäßig von ihrem schmalen Regelsatz einen Teil ihrem Vermieter geben müssen.

Die meisten tun es scheinbar klaglos. Es kann ja auch eine sportliche Herausforderung sein, herauszufinden, mit wie wenig Geld man überleben kann. Einige haben Widerspruch gegen ihren Alg II-Bewilligungsbescheid eingelegt und, nachdem er abgelehnt wurde, Klage beim Sozialgericht erhoben. Aufgrund der Überlastung der Sozialgerichte seit Bestehen von Hartz IV zogen sich die Verfahren in die Länge; sogar Eilverfahren

(Anträge auf einstweilige Anordnung) dauerten bis zu einem Jahr und länger. Die ersten Hauptsacheverfahren kamen im Lauf der zweiten Hälfte des Jahres 2006 zum Abschluss. Die meisten RichterInnen des Sozialgerichts Oldenburg wie auch des Landesozialgerichts sprachen Urteile zugunsten der KlägerInnen und erlegten dem Job-Center Wilhelmshaven auf, Kosten der Unterkunft in Höhe des Wertes, der in der rechten Spalte der Wohngeldtabelle steht, zu bewilligen. Für eine allein lebende Person machte das schon einen Unterschied von monatlich 22 € (280 € sieht die Wohngeldtabelle für einen Ein-Personen-Haushalt vor, Wilhelmshaven hat regelmäßig nur 258 € gezahlt).

Die Miethöhen der Wohngeldtabelle waren nach diesen Gerichtsentscheiden schon mal ein Anhaltspunkt. Jedenfalls für die Betroffenen, die nicht ihre volle Miete bekamen und deshalb den Regelsatz dafür angreifen mussten, war das ein Richtwert, anhand dessen sie sich entscheiden konnten, Klage zu erheben.

Das Job-Center hat weiterhin weniger als die Miethöhen nach Wohngeldtabelle übernommen, wohl in der Hoffnung, das Bundessozialgericht werde dereinst ein Urteil sprechen, das die Rechtsauffassung der Stadt Wilhelmshaven bestätigt. Und weil er das so gerne wollte, sagte Menzel am 9. Januar dann auch, wie oben erwähnt, das BSG-Urteil bestätige nicht die Position der ALI, die nach den Oldenburger Beschlüssen und Urteilen die Wohngeldtabelle als maßgebliche Quelle betrachtete.

Nein – besser!

Nun hat das Sozialgericht Oldenburg in einem Fall, in dem das Job-Center Wilhelmshaven beklagt wurde, am 17. Januar 2007 ein Urteil gesprochen, in dem es nicht die Wohngeldtabelle, sondern – viel besser – die tatsächlichen Unterkunftskosten als angemessen bezeichnet hat. Und der Richter wusste wohl schon damals ziemlich genau, wie das BSG am 7. November geurteilt hatte.

Das Oldenburger Urteil (Az.: S 48 AS 1019/05) spricht dem Kläger die Unterkunftskosten in tatsächlicher Höhe zu. Und die Urteilsbegründung lässt jetzt viele Betroffene hoffen, denn sie läuft darauf hinaus, dass in den meisten Fällen die tatsächlichen Wohnkosten auch angemessen sind. Der Begriff der "Angemessenheit" unterliegt, so heißt es im Urteil, "als unbestimmter Rechtsbegriff ... in vollem Umfang der gerichtlichen Kontrolle", und für die Angemessenheit ist "jeweils die reale Lage auf dem örtlichen Wohnungsmarkt" maßgeblich, "wobei die Größe der Wohnung, der Ausstattungsstandard und – bei Bedarfsgemeinschaft – deren Größe und Zusammensetzung in die Prüfung einzustellen ist." Hier bezieht sich das Gericht auf das Bundessozialgericht, das am 7. November 2006 (Az.: B 7b AS 18/06 R) geurteilt hat: "...kommt es letztlich darauf an, dass das Produkt aus Wohnstandard/Wohnlage und Preis

der Wohnung im Bereich der Angemessenheit liegt." Einfach eine Mietobergrenze festlegen und sagen, dass alles, was teurer ist, unangemessen sei, das geht demzufolge nicht. Und so geht es weiter im Urteil des SG Oldenburg: "Derartige Feststellungen hat der Beklagte (also das Job-Center Wilhelmshaven) bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt insbesondere für den konkreten Wohnort des Klägers und seiner Familie ... in keiner Weise getroffen. Hierfür ist er jedoch beweispflichtig, so dass zunächst schon aus diesem Grunde davon auszugehen ist, dass die vom Kläger nachgewiesenen Kosten der Unterkunft in tatsächlicher Höhe zu zahlen sind."

Wohngeld ist nicht gleich KdU

Wie das Bundessozialgericht stellt auch das Sozialgericht Oldenburg fest, dass das Wohngeldgesetz und das Sozialgesetzbuch II zwei völlig unterschiedliche Paar Stiefel sind. Beim Wohngeld geht es darum, jemandem einen Zuschuss zu den Wohnkosten zu gewähren, "der für seine angemessene Wohnung Aufwendungen erbringen muss, die ihm nicht zugemutet werden können"; beim Arbeitslosengeld II (das die KdU ja beinhaltet) handelt es sich demgegenüber um "Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende", die "den Lebensunterhalt der Hilfsbedürftigen sichern" sollen, "die nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt aus eigenen Kräften zu bestreiten. Die Leistungen müssen daher der Besonderheit des Einzelfalles angepasst und bedarfsdeckend sein." Und angesichts dessen, was von 345 € (bzw. 622 € für zwei Personen) alles finanziert werden soll, kann man davon keine Mietanteile abzwängen.

"Die erkennende Kammer" – die die Unterschiede zwischen Wohngeld und KdU sehr viel ausführlicher dargelegt hat als wir hier – "hält nach den vorstehend dargelegten Grundsätzen für maßgeblich die Verhältnisse des Einzelfalles unter Berücksichtigung der Lage am Wohnungsmarkt des Leistungsempfängers."

Letzteres behauptet die Stadt Wilhelmshaven ja zu berücksichtigen. Die von ihr festgelegten Mietobergrenzen seien ja, so behauptet sie immer wieder, Ergebnis einer regelmäßigen Auswertung der Wohnungsanzeigen in der Presse wie auch regelmäßiger Anfragen bei den Wohnungsbaugesellschaften und den mit Mietzahlungen befassten städtischen Ämtern. Und so haben Alg II-Empfänger, die zum Umzug aufgefordert wurden, ja auch jeweils eine Liste mit einigen Adressen von Vermietern bekommen, die Wohnungen in der Preisklasse, die die Stadt



als "angemessen" definiert hat, anbieten. Diese Liste könnte, wie der Gegenwind einmal schrieb, zu einem ziemlichen Gedränge führen, denn wenn man ca. 100 Wohnungen bis 258 € Kaltmiete anbieten kann, ist das etwas knapp für Tausende von erwerbslosen Wohnungssuchenden.

Ersteres berücksichtigt das Job-Center jedoch bestimmt nicht. Und was die Verhältnisse des Einzelfalles angeht, hat das BSG (und unter Berufung darauf das SG Oldenburg) nun auch ein klares Wort gesprochen: "Ein Umzug in einen anderen Wohnort, der mit einer Aufgabe des sozialen Umfeldes verbunden wäre, kann ... im Regelfall nicht verlangt werden", wobei mit "Wohnort" nicht unbedingt dasselbe gemeint ist wie die jeweilige Gemeinde, sondern "in größeren Städten ... eine Unterteilung in mehrere kleinere Vergleichsgebiete, die kommunalverfassungsrechtlich keine selbständigen Einheiten darstellen, geboten sein kann." Und das bedeutet: Man kann vielleicht verlangen, dass jemand von der (teuren) Mozartstraße in die (billigere) Kieler Straße zieht, nicht aber nach F'Groden, nur weil da die Wohnungen noch billiger sind.

Schluss mit den Gedränge

Und noch etwas Erfreuliches hat das Bundessozialgericht festgelegt: "Schließlich wird zu überprüfen sein, ob nach der Struktur des Wohnungsmarktes ... die Kläger tatsächlich auch die konkrete Möglichkeit haben, eine abstrakt als angemessen eingestufte Wohnung konkret auf dem Wohnungsmarkt anmieten zu können... Besteht eine solche konkrete Unterkunftsalternative nicht, sind die Aufwendungen für die tatsächlich gemietete Unterkunft als konkret angemessen anzusehen." Es ist also nicht so, dass Tausende von Arbeitslosen sich um die etwa hundert nach Auffassung der Stadt Wilhelmshaven "Hartz IV-tauglichen" Wohnungen prügeln müssen.

Eine Gerichtsentscheidung in diesem Sinne liegt, wenn auch aus einem anderen Ort, schon vor. Das Sozialgericht Hannover hat in einem Beschluss (Az.: S 46 1942/06 ER) dem Jobcenter Hannover auferlegt, einer Klägerin die volle Miete zu zahlen, nachdem diese "durch Vorlage von acht Absagen unterschiedlicher Vermietungsgesellschaften ... die Unmöglichkeit der Senkung der Kosten der Unterkunft glaubhaft gemacht" hatte.

Wer nicht klagt, ist dumm

Bis jetzt hat das Job-Center Wilhelmshaven aus einer Reihe verlorener Gerichtsverfahren nicht die Schlussfolgerung gezogen, anders zu bewilligen. Bis zum BSG-Urteil war ihm in einigen Fällen auferlegt worden, KdU in Höhe der Wohngeldtabelle zu zahlen;

doch AntragstellerInnen, die beim Job-Center unter Berufung auf diese Gerichtsentscheidungen vorgebracht haben, sie müssten doch mehr KdU bekommen, erteten lediglich ein "Davon weiß ich nichts".

Ob das Job-Center sich nun an dieses höchstrichterliche Urteil halten wird, bleibt abzuwarten. Nach dem, was Herr Menzel auf der Januar-Versammlung der ALI gesagt hat, ist jedoch zu befürchten, dass es weiterhin nur KdU in der Höhe der von der Stadt Wilhelmshaven festgelegten Obergrenzen bewilligen wird. Und es wird sogar genau im BSG-Urteil die Begründung dafür finden. Da heißt es nämlich auch: "Die Grundsicherungsträger und die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit werden bei der Prüfung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft nach § 22 SGB II mithin nicht umhin kommen, jeweils die konkreten örtlichen Gegebenheiten auf dem Wohnungsmarkt zu ermitteln und zu berücksichtigen. Liegen keine entsprechenden Mietspiegel bzw. Mietdatenbanken ... vor, so wird der Grundsicherungsträger zu erwägen haben, für den jeweiligen Zuständigkeitsbereich eigene - grundsicherungsrelevante - Mietspiegel oder Tabellen zu erstellen." Und hier könnte die Stadt einfach weiterhin behaupten, ihre Liste sei korrekt.

Und in diesem Fall wird es darauf hinauslaufen, dass alle Betroffenen eben beantragen, widersprechen und schließlich klagen müssen. Denn: Jede Gerichtsentscheidung ist eine Einzelfallentscheidung. Dass Fritz von nebenan die volle Miete bekommt, nachdem er in einem Gerichtsverfahren obsiegt hat, bedeutet nicht, dass Franz automatisch seine volle Miete bewilligt bekommt.

Solange nur einige Betroffene klagen, die meisten Erwerbslosen jedoch die Zähne zusammenbeißen und einen Teil ihrer Miete selber zahlen und deswegen weniger Geld zum Leben haben, kommt das für das Job-Center trotz der Gerichtskosten, die es zahlen muss, billiger. Und man muss schon sehr, sehr optimistisch sein, wenn man glaubt, dass man einfach so das ganze Geld, das man hätte beanspruchen können, nachträglich ausgezahlt bekommen wird.

Was ist also zu tun? Betroffene sollten eine Überprüfung ihres Alg II-Bescheides beantragen. Darauf haben sie nach § 44 SGB X ein Recht. Wenn sie daraufhin nicht die tatsächlich anfallenden Kosten der Unterkunft bewilligt bekommen, müssen sie gegen den Überprüfungsbescheid Widerspruch einle-

gen. Und wenn dieser abgelehnt wird, dann ist der nächste Schritt der zum Sozialgericht. Noch sind Sozialgerichtsverfahren kostenfrei. Die 10 € für den Beratungsschein (für den Anwalt), den man sich beim Amtsgericht ausstellen lassen kann, können eine lohnende Investition sein! □

Ein Notfall ist ein Notfall

(noa) Frau B. ist alleinerziehende Mutter, geringfügig beschäftigt, erhält ergänzendes Alg II und wohnt in einem eigenen Haus. Dort ging Mitte Februar auf einmal die Heizung nicht mehr. Von den knapp 1.000 €, die sie mit den vier Kindern zusammen monatlich zur Verfügung hat, konnte sie sich die Reparatur nicht leisten. Die Heizung kaputt zu lassen, konnte sie sich aber auch nicht leisten, denn es war grausig kalt und das jüngste Kind war krank.

Aber für Notfälle gibt es ja das Notfallbüro beim Job-Center. Dort versuchte Frau B., die 126 € für das Ersatzteil finanziert zu bekommen. Sie war bescheiden: Einbauen wollte sie das Teil selbst, und sie wollte nur ein Darlehen, rückzahlbar in 3 Raten. Aber selbst das wollte ihr Herr J., an den sie bei ihrer Vorsprache geriet, nicht gewähren. Was genau zwischen Frau B. und Herrn J. bei dieser Begegnung ablief, kann man der Dienstaufsichtsbeschwerde, die Frau B. nach ihrem Besuch beim Notfallbüro an die Personalabteilung des Job-Centers richtete, entnehmen:

"... Hinweis, ich solle mich an die Sparkasse wenden und um einen Kredit bitten, er sei schließlich kein Kreditinstitut! Er würde mir, wenn überhaupt, den Betrag auszahlen, diesen jedoch bei der Auszahlung für den Monat April 2007 wieder in voller Höhe abziehen. Außerdem wäre das Geld für den Monat März 2007 bereits angewiesen und am 01. März auf meinem Konto, bis dahin könnte ich ja mit der Reparatur der Heizungsanlage warten."

Ob das gereicht hätte, um die Kosten für das Ersatzteil zu zumutbaren Bedingungen bewilligt zu bekommen, ist unklar. Frau B. fügte der Schilderung von Herrn J.'s Verhalten deshalb noch einen einschlägigen Gesetzestext und die Ankündigung weiterer Schritte hinzu. Wenige Tage später hatte sie Post vom Job-Center: Die 126 € für das Ersatzteil wurden "im Rahmen der Kosten der Unterkunft" bewilligt.

Fazit: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.

Ostermarsch in Wittmund

Demonstration für den Frieden in aller Welt mit anschließender Kundgebung am Oster-sonntag den 8. April 2007

Die Teilnehmer der Demonstration treffen sich ab 9.30 gegenüber dem Fliegerdenkmal vor dem Eingang der Richthofenkaserne an der Kreuzung Isumser- / Bundesstraße 210. Um 10:30 setzt sich der Demonstrationzug in Richtung Marktplatz in Bewegung. Hier beginnt um 11.00 die Kundgebung (mit Friedenspredigt, Rap, Theater gegen den Krieg)

Als Hauptredner findet der Bundestagsabgeordnete und Liedermacher Dr. Diether Dehm Worte und Songs gegen die Beteiligung an Kriegseinsätzen und gegen faschistische Tendenzen in der Gesellschaft.



Die Forderungen der Demonstranten:

- der Düsenflieger muss weg
- keine Kampffjets nach Afghanistan
- keine Toleranz den Nazis
- Ächtung aller kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit
- Sofortige Beendigung sämtlicher militärischer Auslandseinsätze
- Enttarnung und das Verbot von Waffengeschäften in aller Welt
- Stopp der Waffenproduktion im In- und Ausland

Veranstalter: Aktionsbündnis für Frieden und Entmilitarisierung, Arbeitskreis Harlingerland gegen Rechts, Linksbündnis Wittmund



An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Arm durch Reichtum

Kinderarmut als kulturelles Schwerpunktthema

(iz) Die Künstlerin Christa Marxfeld-Paluszak unternahm gemeinsam mit Christina Heide von der Volkshochschule den Versuch, zum Thema "Kinderarmut" über einen Monat ein Netzwerk verschiedenster Institutionen zu knüpfen. Ihr Ansatz erntete im Detail auch Kritik.

Die TeilnehmerInnen der Auftaktveranstaltung wurden vor der Volkshochschule mit einer Protestaktion begrüßt. Einige Menschen, die sich in unserer Stadt seit langem unentwegt für soziale Rechte engagieren, standen dort mit einem Plakat: Ein bekanntes Wahl-Portrait von Karin Evers-Meyer (SPD), ergänzt durch die Sprechblase "Wir machen Kinderarmut, hatten aber Fraktions- und Koalitionszwang!" Das störte natürlich (und sollte das auch) die "Wir-ziehen-doch-alle-an-einem-Strang"-Stimmung, die der Erwartungshaltung der meisten Anwesenden entsprach. Wobei die Protestierenden persönlich nichts gegen die Initiatorinnen der Veranstaltung haben.

Zu der Protestaktion gehörte noch ein Faltblatt, das im Stil des Original-Programms zur Veranstaltungsreihe aufgemacht war: "Zur Eröffnung des SPD/Grüne-Gemeinschaftsprojektes Kinderarmut am 2. März 2007 um 19 Uhr laden wir alle verarmenden und bereits verarmten Kinder sowie deren durch Hartz IV betroffene Eltern schmerzlich ein ... Agenda 2010, wer dagegen war, melde sich bei der VHS." Auf der Rückseite alle am Informationsprojekt beteiligten Personen und Institutionen, mit dicken Fragezeichen versehen. Sie sind diejenigen, die das in Berlin verordnete Elend vor Ort ausbaden.

Immerhin war Frau Evers-Meyer in Form des Protestplakates zumindest irgendwie anwesend. Sie war nämlich Schirmherrin der Veranstaltungsreihe zur Kinderarmut, ließ sich aber ausgerechnet für diese Auftaktveranstaltung entschuldigen und ihr Grußwort durch Frau Heide überbringen. Damit pointierte sie – zwar ungewollt, aber im Ergebnis grandios – die Botschaft des Protestes. Die unter anderem lautete: Ihr habt den Bock zum Gärtner gemacht – ausgerechnet ein Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag, die damals überzeugt den Arm für die Menschen verachtenden Hartz-Gesetze hob, soll jetzt Schirmherrin sein im Kampf gegen die Folgen dieser Gesetzgebung – und deren großes Interesse am Problem sich in Abwesenheit niederschlug.

Die Demonstranten "haben den Sinn unserer Veranstaltung nicht so ganz verstanden", meinte Christina Heide, wobei sie möglicherweise den Sinn der Protestaktion nicht ganz verstanden hat. Christa Marxfeld räumte später ein, bei der Auswahl der Repräsentanten etwas naiv gewesen zu sein. Ihr Engagement kommt eben aus dem Bauch. Vermutlich, hoffentlich wird ihr solch ein Missgriff nicht wieder passieren.

"Arm durch Reichtum" lautete Marxfelds Kernthese zur Kinderarmut. Diese hat komplexe Ursachen, aber die "Wohlstandsgesellschaft", die komplett und zunehmend ungerechte Verteilung von Geld, das eigentlich im Überfluss vorhanden ist, beschreibt ganz gut das Kernproblem. In ihrer Begrüßungsrede warf die Initiatorin weitere Schlaglichter auf die Thematik, die dann in Fachbeiträgen konkretisiert wurden: Definition von Armut, Auswirkungen bei Kindern, Armut hat viele Gesichter ... Nachdenkenswert ihre These: "Auf Grund des gesamtgesellschaftlichen Problems werden wir zu einer Auseinandersetzung gezwungen." Viele würden sich einen Dreck um arme Kinder scheren, wenn nicht deren Verarmung und Verwahrlosung bis hin zur "Kriminalität" ihre schöne heile Welt störte oder gar einen internationalen Image-Schaden für den Wirtschaftsstandort Deutschland bewirkte.

Auch das (umstrittene) Thema Schuluniformen als Mittel gegen Ausgrenzung (und in diesem Zusammenhang auch Schulspeisung) sprach Christa Marxfeld an. Und: "Lebenslust und Lebensfreude muss geweckt werden durch Sport, Musik, Kreativität, Vereine ...". Ihr eigener Beitrag zum Thema bewegte sich auf der künstlerisch-emotionalen Ebene. So wagte sie den Versuch, sich mit eigenen Bildern in die kindliche Seele hineinzuversetzen. Ihre Ausstellung in der "Sezession Nordwest" war ein – im wahrsten Sinne des Wortes – roter Faden der Veranstaltungsreihe. Rot, "die Farbe der Gefahr, der Warnsignale, der Aggression und Gefühlsausbrüche ... auch die Farbe der Liebe und die Lieblingsfarbe der Kinder." Vor diesem farblichen Hintergrund, allerdings eher einem gedämpften, organischen statt Signal-Rot, präsentierte die Künstlerin ihre spontan wirkenden Gemälde. Den Versuch, sich malerisch in die kindliche Seele zu versetzen, ist gelungen. Der kleine Kreis, der sich nach dem Auftakt in der VHS in der Galerie zusammenfand, bewegte sich in einem anderen Universum. Mitendrin Sibylle Hellmann, die sich über die Bretter der Landesbühne hinaus auch mit den Dramen des Alltags auseinandersetzt, mal ein bisschen liest, mal entrückt Mundharmonika spielt, scheinbar planlos, spontan, kindlich eben. Kurz zuvor sprach Kunstpädagoge Winfried Baar noch über die Unwirtlichkeit des kindlichen Umfeldes, hier hing das Bild, auf dem ein Kind vom umgebenden Beton erdrückt wird.

Zweiter zentraler Baustein des Projektes war eine Ausstellung in der Volkshochschule

von Bildern, die Kinder zum Thema Kinderarmut geschaffen haben. Was empfinden PädagogInnen, SoziologInnen, KünstlerInnen dabei? Eine Reihe von Köpfen (!), in die Stichworte hineingelegt sind, die wie Vordrucke aussehen: "Kein Urlaub", "Hunger", "kein Geld für Freizeit" oder ähnlich. Kindermund? Eher entsteht der Eindruck: Da haben die Lehrkräfte vorgebetet, was dabei rauskommen soll. Das Ergebnis ist gerahmtes Papier, aber kein Einblick in die Kinderseele. Besser schon: Hände. Eine Hand bedeutet Kraft, Aktivität, etwas gestalten. Handumrisse, aus denen in kindlicher Phantasie Neues, Kraftvolles entsteht: Ein Baum oder lauter kleine agierende Figuren. Auffällig: Ein Bild von einer Kirche, davor eine Mülltonne, darin ein Kind, daneben ein Mensch, der ihm Almosen hinwirft, und: darüber, im Fenster, wie in der VIP-Lounge, ein Repräsentant der Kirche, im Ornat, der die Szene huldvoll lächelnd beobachtet. Eine Sonne gibt es auch – auf der anderen Seite der Kirchentür. Passend eine Collage aus dem Christus-Kindergarten: "Ich verzichte, damit ich einem anderen Kind eine Freude machen kann." Kinder, die wenig haben, verzichten zu Gunsten von Kindern, die gar nichts haben. So funktioniert Kapitalismus.

Im Erdgeschoss hängt ein Wunschbaum. Daran baumeln kleine Pappelefanten mit handgemalten Kinderwünschen. Elefanten sind groß und stark, haben aber in Wahrheit eine dünne Haut. Ein Kind möchte nicht "Freizeitaktivitäten", sondern "Volleyball so gern spielen lernen". Eines, dass der Vater Arbeit bekommt, damit sie mal Urlaub machen oder neue Sachen kaufen können. Auch ein drittes möchte Urlaub machen – in Vietnam. Sind da vielleicht Oma und Opa? Und schließlich: "Ich möchte gern mal nach Hooksiel." Danach kann eigentlich nichts mehr kommen.

Danach kamen noch, im ganzen März, Vorträge, Lesungen, Gesangsaufführungen und anderes von Kindern und Erwachsenen. Ein Versuch, immerhin, das Phänomen Kinderarmut aus der kurzlebigen Schlagzeile nachhaltig in den Alltag zu befördern. Schauen wir mal, ob sich die Mühen der VeranstalterInnen gelohnt haben. □



BASU

FREIE LISTE FÜR
WILHELMSHAVEN

BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES UMWELT

WWW.BASU-WHV.DE

WWW.BASU-WHV.DE 24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT...oder...

wie fühlt man sich eigentlich, wenn einem die Arbeitsstelle [WAL-MART] genommen wird: Sind wir alle in Zukunft nur noch ein Jahr von Hartz 4 entfernt?...Braucht Wilhelmshaven nicht eine viel EFFEKTIVERE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG, die es auch Kleinunternehmen möglich macht, sich in Wilhelmshaven anzusiedeln?...oder...oder...oder: Nutzen Sie unsere Bürgersprechstunden...informieren und engagieren Sie sich für IHRE GRÜNE SAUBERE STADT WILHELMSHAVEN!

BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG RUSCHEREI 19.30 UHR!

WILHELMSHAVENS BÜRGER FÜR BÜRGER INFORMATIONEN PORTAL.

Strukturelle Rücksichtslosigkeit

(iz) Die Erziehungswissenschaftlerin Dr. Sabine Toppe promovierte an der Uni Oldenburg und arbeitet jetzt an der Uni Marburg. "Armut von Kindern und Jugendlichen – eine Herausforderung an die Gesellschaft" war das Thema ihres Vortrags zur Reihe "Kinderarmut" am 2. März in der VHS. Im Folgenden fassen wir die Kernpunkte ihrer Ausführungen zusammen.

Armut ist von den gesamtgesellschaftlichen Gegebenheiten abhängig und kann nur für eine bestimmte Gesellschaft sowie einen begrenzten Zeitraum begriffen werden. Sie muss für einen Sozialstaat wie Deutschland anders definiert werden als für ein so genanntes Entwicklungsland, deshalb lassen sich Kinderarmut in Deutschland und einem afrikanischen oder lateinamerikanischen Land auch nicht miteinander vergleichen (was aber immer wieder getan wird). Arm ist man nicht nur durch feststehende Merkmale, sondern vor allem im Verhältnis zu anderen wie auch zu sich selbst.

Wenn in Deutschland von Armut gesprochen wird, ist überwiegend materielle Armut, d. h. Einkommensarmut gemeint. In Wilhelmshaven liegt die Zahl armer Kinder nach dieser Definition bei 27,9%, mehr als 15% über dem Bundesdurchschnitt. Dabei konzentriert sich Armut in sozialen Räumen, in einigen städtischen Wohngebieten Wilhelmshavens beträgt die Sozialhilfequote von Kindern über 50%.

Kinderarmut berührt neben einer mangelhaften Grundversorgung auch Lebensbereiche wie Gesundheit, Bildung, Kultur und soziale Teilhabe. Aber was ist für Kinder selbst denn überhaupt Armut? Dazu Nathalie, 9 Jahre alt: *"Wenn man nicht genug zum Anziehen kaufen kann. Wenn man nicht so eine große Familie hat, nur 1 oder 2 Personen oder so ... Wenn man kein warmes Bett hat. Wenn man kein Fahrrad hat oder ein Auto, um mal irgendwo hinzufahren ... Wenn man nicht in den Kindergarten gehen kann. Wenn man nicht genug Licht ins Haus bringen kann. Wenn man keine Stifte hat zum Hausaufgabenmachen ... Wenn man keinen Fotoapparat hat, für Erinnerungen. Wenn man etwas zur Schule mitbringen muss, ein Buch oder eine Kassette, und man das nicht hat ..."*

Laut ALG II-Regelsatz muss sich ein Kind von 2,62 Euro pro Tag ernähren. Gesunde Ernährung ist damit Luxus. Für Bus und Bahn sind 10,87 Euro vorgesehen, ein Schülermonatsticket kostet ca. 30 Euro. Für ein gebrauchtes Fahrrad muss ein jugendlicher 6 Jahre sparen. Bücher, Nachhilfeunterricht, Mitgliedschaft in Vereinen sind unbezahlbar. Fast das Einzige, für das man noch Mittel außer dem Regelsatz beantragen kann, sind Klassenfahrten, die einzige Chance für arme Kinder, mal "rauszukommen". Jugendliche in Bremen haben deshalb alle Lehrkräfte angeschrieben mit der Bitte, regelmäßig Klassenfahrten durchzuführen.

An so genannten "Brennpunktschulen" beobachten Lehrkräfte zunehmend Kinder, die hungrig und der Jahreszeit unangemessen bekleidet zur Schule kommen. Anmeldungen zum Mittagstisch werden zurückgenommen, Zeichenblöcke werden "vergessen", Schulmaterialien sind monatelang nicht vorhanden. Hinzu kommen gehäuft Mängel in der Wahrnehmung, Sprachstörungen und Koordinierungsschwierigkeiten.

Bildung allein ist allerdings auch keine

Garantie für gesellschaftliche Teilhabe. Eine vergleichbare Armutssituation wird von Kindern unterschiedlich bewältigt. Mädchen suchen eher soziale Unterstützung, während Jungen dazu tendieren, ihre Probleme an die Umwelt weiterzugeben.

Zahlen und Berichte zur Kinderarmut liegen zur Genüge vor und auch Lösungskonzepte, aber es fehlt der politische Wille, sie umzusetzen. Kinderarmut wird in ihrer Vielschichtigkeit nicht zur Kenntnis genommen. Befragte Lehrkräfte an Grundschulen machen häufig die Eltern und besonders die Mütter verantwortlich. Es besteht die Gefahr, der Individualisierung von Armut Vorschub zu leisten. Toppe sieht die eigentliche Ursache in einer strukturellen Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft gegenüber Kindern bzw. Familien mit Kindern.

Bei den Hilfsmaßnahmen liegt der Schwerpunkt auf dem Interventionsbereich, oft in Form von Modellprojekten, deren Übernahme in die Regelfinanzierung fraglich ist. Für die Prävention, die schon in der KiTa oder früher ansetzen sollte, bleibt dann kaum was übrig.

Die Ganztagsschule gilt momentan als "Wunderwaffe" im Umgang mit dem Problem Kinderarmut. Damit soll z. B. Müttern eine Vollzeitbeschäftigung ermöglicht werden. "Die Idee ist klasse", das Problem ist nur: Viele Schulen mit "Ganztagsprogramm", die gegenwärtig in Deutschland entstehen, erweisen sich als Mogelpackung mit schmalen Personalzuwendungen, die von Zielen und Ansprüchen weit entfernt sind. Wirklich integrierte Strategien setzen ein neues Verständnis von Schule voraus. Sie sollte ein Ort sein, an dem Fachkräfte unterschiedlicher Profession zusammenkommen und Schülerinnen und Schüler als mitwirkende Akteure anerkannt werden. Unabdingbar ist der Verzicht auf eine viel zu frühe und allzu häufig nicht leistungsgerechte Selektion und der Verzicht auf das "Sitzenbleiben". Eine längere gemeinsame Schulzeit bietet Gelegenheit, Entwicklungen Zeit zu geben und versäumte Lerngelegenheiten nachzuholen.

Fazit

Armut bedeutet für Kinder häufig nicht nur eine Einschränkung ihrer gegenwärtigen Handlungsspielräume, sondern auch eine Begrenzung ihrer zukünftigen Entwicklungschancen. Ein kinderunfreundlicher Sozialraum, in dem Hartz-IV-Bezug zur lebensweltlichen Normalität geworden ist, kann eine pessimistische Lebenseinstellung und eine negative Einschätzung eigener Möglichkeiten verstärken. Der eigentliche Skandal liegt dann nicht mehr – wie im 19. Jahrhundert – im Hunger und ausufernder Kinderarbeit, sondern in der historischen Zufälligkeit des Kohortenschicksals. Die Vermeidung von Kinderarmut ist eine Querschnittsaufgabe der Steuer-, Arbeitsmarkt-, Familien-, Sozial- und Bildungspolitik. Eine zentrale Maßnahme wäre der Aufbau einer armutsfesten, eigenen Existenzsicherung für Kinder, um sie

vom Einkommen der Eltern bzw. deren Sozial- oder Arbeitslosengeld loszulösen. Durch Prävention und Intervention allein wird Kinderarmut nicht aus der Welt zu schaffen sein. □

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL KLING KLAVG

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken · Parties · Konzerte

Freitag **GLOOMY FRIDAY**
6.4. EBM-80's-DarkWave & Gothic Night

OsterSonntag 8.April 21.00 Uhr
THE GREETINGS
+ **MAX HEADROOM**

Freitag, 20.April 18:00 Uhr
B.O.S.C.H.
videodreh

27.04. AGIT-Pop Party

30.April
The MICRAGIRLS
from Finland

www.kling-klavg-whv.de
eMail Newsletter bestellen und Gewinnen

Ratssplitter

vom 21. März 2007
eingetütet von Imke Zwoch

Handball sei Dank ging es diesmal ganz diszipliniert zu. Rechtzeitig vor dem Anpfiff war die Tagesordnung abgearbeitet.

♦ Whalewatching in der Südstadt

Männliche Pottwale sind zum Wandern geboren. Jährlich ziehen sie Tausende Kilometer vom kuscheligen Äquator ins kühle und deshalb nahrungsreiche Nordmeer. Auf dem Rückweg kriegen einzelne leider nicht die Kurve und stranden z. B. auf einer Ostfriesischen Insel. Ihre letzte Wanderung führt dann in die Tierkörperbeseitigung oder, sofern Geld und Interesse vorhanden, in ein Museum. In Wilhelmshaven lässt sich jedoch seit einigen Jahren das ungewöhnliche Phänomen der post-mortem-Wanderung beobachten. Der "Pottwal von Baltrum" wanderte zunächst ins ehemalige Zeiss-Gebäude am Südstrand. Einige Jahre darauf sah man ihn auf dem Weg ins Küstenmuseum an der Weserstraße, wo er sich dann im Obergeschoss einnistete. In diesem Jahr wird er sich nun zurück an den Südstrand bewegen und im Wattenmeerhaus sein voraussichtlich endgültiges Quartier beziehen. Welchen Weg er aus dem Dachgeschoss nimmt, behielt Umweltdezernent Jens Graul für sich, befürchtet er doch eine mögliche Blockade durch Umzugsgegner. So ein Wal ist nämlich höchst begehrt als Besuchermagnet für jedes Museum. Während Ursula Aljets (SPD) das Wattenmeerhaus mit diesem Exponat unterstützen möchte, würde Michael von Teichman (FPD) die Attraktion gern an Ort und Stelle belassen. Strittig war auch, ob der tote Riese fester Teil des Konzeptes zum Küstenmuseum sei oder nicht. Graul – laut Ratsvorsitzendem Norbert Schmidt als "Wa(h)lbeamter" ausgewiesener Experte zum Thema – machte deutlich, dass eine Standortdiskussion im Rat obsolet ist: Der Wal gehört dem Land Niedersachsen, und das hat sich nun mal für die Rückwanderung an den Südstrand entschieden.

Neben dem Skelett gehen auch die plastinierten Organe des Wals erneut auf Wanderschaft. Seit bekannt ist, dass die vom Plastinator Günther von Hagens ausgestellten menschlichen Leichname, entgegen seiner Behauptung, in der Regel nicht von freiwilligen Spendern stammen, haben auch seine sonstigen Präparate einen unappetitlichen Beigeschmack. Lehrreich ist der Einblick in Herz und Bronchien eines Meeressäugers gleichwohl, im Mittelpunkt steht – im wahren Sinne des Wortes – jedoch meist der Penis des Walbullens, der auch in der Ratssitzung für Heiterkeit sorgte – da reckten sich Hände nach oben, um die Dimensionen des Organs zu beschreiben. Im Fachausschuss soll sogar mal diskutiert worden sein, ob die Organe überhaupt ins flache Zwischengeschoss des Wattenmeerhauses passen – denn so einen Penis müsse man doch unbedingt aufrecht präsentieren. Ahauahaua.

♦ Rückzugsgefecht

Eigentlich wollte die Jamaika-Fraktion (CDU, FDP, Grüne) im Rahmen der "Aktuellen Stunde" über die derzeitigen Probleme bei der Wirtschaftsförderung (WFG) diskutieren. Zur Erinnerung: Der Aufsichtsrat hatte Wolfgang Frank als Geschäftsführer ausgespuckt, die Kritiker dieser Entscheidung wollten jedoch, dass die Stelle ausgeschrieben wird und sahen zudem juristische Probleme, den derzeitigen Chef der Stadtwerke so einfach auf diese neue Position zu hieven. Daraufhin verabschiedete sich die Wirtschaft ideell wie finanziell aus der WFG. Jamaika zog den Antrag auf Erörterung im Rat nun kurzfristig zurück mit der Begründung, das Thema ließe sich derzeit "nicht emotionsfrei" diskutieren. Wenn es danach ginge, müsste mehr als die Hälfte der Ratsthemen vertagt werden – und ohne diese Emotionen gäbe es wohl kaum so bunte Ratssplitter. Schauen wir mal, wie emotionsfrei das Thema WFG dann in der Aprilsitzung angegangen wird...

♦ Auf ein Neues

Spätestens 12 Monate nach der allgemeinen Kommunalwahl muss die Wahl zum Ausländerbeirat stattfinden. Dafür wurde nun der 9.9.2007 festgelegt.

Auf Vorschlag des amtierenden Ausländerbeirates und mit Zustimmung des Rates wird Sonja Chamkhi jetzt als beratendes Mitglied die Interessen ausländischer Kinder und Jugendlicher im Jugendhilfeausschuss vertreten.

♦ Kein Sinn für Interesse

So genannte "Private-Public-Partnerships" (ppp-Modelle) wurden im Rahmen der Haushaltsberatungen und auch des öfteren in den Ratssitzungen angesprochen. Wissen unsere LeserInnen, was das ist? Können Sie die Vor- und Nachteile von ppp beurteilen? Eben! Und viele Ratsmitglieder vermutlich auch nicht, vor allem die Ratsneulinge. Deshalb beantragte die LAW (Linke Alternative Wilhelmshaven), dass in einer der nächsten Ratssitzungen je ein Befürworter und ein Gegner von ppp dazu Stellung nimmt. Diese Idee, dass zwei Ratsleute sich für alle anderen in ein komplexes Thema reinknieen und sozusagen dialektisch (also nicht einseitig gefärbt) dazu referieren, ist – unabhängig vom Thema ppp – grundsätzlich piffig. ☺ Das fanden aber außer uns nur die Vertreter von LAW und BASU. Alle anderen wollten wohl von so 'nem modernen Kram nix wissen. Böse gesagt: Reicht ja, wenn der Fraktionsvorsitzende sich auskennt, oder was? ☹

♦ Schnarchprophylaxe

Die Dauer der letzten Haushalts-Ratssitzung schlug dem Fass den Zacken aus der Krone: Über 11 Stunden sanken alle Anwesenden allmählich in sich zusammen und der Sauerstoffgehalt im Saal auf kritische Werte, daheim weinten Familien schon um vermeintlich verlorene Gatt/innen, Mütter und Väter, die dann kurz vor Mitternacht wankend aus den Abgründen des Rathauses auftauchten. Damit muss jetzt Schluss sein, meint die LAW. Sie schlägt vor, dass Rats- und Ausschusssitzungen nicht länger als sechs Stunden dauern sollten. "Wenn der Arbeitsplan in dieser Zeit nicht abgearbeitet werden konnte, wird die Sitzung innerhalb von zwei Tagen fortgesetzt", so Johann Janssen. "Nach sechs Stunden lässt die Konzentration bei jedem Menschen deutlich nach. Die Angelegenheiten der Mitbürger aber, für die wir im Rat sitzen, sollten uns so wichtig sein, dass wir sie in voller Konzentration beraten und beschließen wollen." ☺ Solche bestechend kurz und prägnant formulierten Anträge und Begründungen sind schon fast ein Markenzeichen der LAW. Oft passen sie inhaltlich nicht ins herkömmliche Raster und stellen auch die Verwaltung vor neue Aufgaben. So zog die LAW diesen Antrag vorerst zurück, mit der Bitte an Rechtsdezernent Jens Stoffers, zu prüfen, ob Sitzungen auf einen zweiten Termin vertagt werden können. Der signalisierte gleich, das sei "rechtlich so okay". Die Tagesordnung müsse bei einer solchen Vertagung nicht neu veröffentlicht werden. Bei so guten Voraussetzungen sollte die LAW zusammen mit Stoffers am Thema bleiben.

♦ Lokal denken – global ausblenden

Die Firma Actanol BioEngineering beabsichtigt die Errichtung einer Biodieselanlage im nördlichen Heppenser Groden. Zu diesem Zweck beschloss der Rat eine Änderung des Flächennutzungsplans für diesen Bereich (bislang als Optionsfläche für die Kläranlage vorgesehen, jetzt "gewerbliche Baufläche") sowie die Aufstellung eines entsprechenden Bebauungsplanes. Norbert Schmidt räumte ein, dass er "noch keine Einzelheiten" zu den Actanol-Plänen in Erfahrung bringen konnte, aber es ginge ja erstmal darum, die Sache "auf den Weg zu bringen". Bürgermeister Werner Biehl (Grüne) interessierte sich schon für Einzelheiten, vor allem Umweltaspekte. "Bio ist nicht gleich Bio ... 'Biodiesel' klingt erstmal schön, aber wenn es das ist, was wir befürchten ... " Bernhard Rech, Vorsitzender des Bauausschusses, wollte wissen, ob da

Jonathan  Naturkost

Wissen Sie, was ein Kunde über unseren Laden gesagt hat? Er sagte, das wäre ein

Wohlfühlladen!

Stimmt! Wir fühlen uns hier auch wohl.

Und wir fanden das so schön, dass wir jetzt damit werben!

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

Rapsöl verarbeitet werden soll oder etwas anderes. Biehl rechnete vor, dass z.B. die 72.000 Hektar, auf denen in Niedersachsen Energiepflanzen angebaut werden, in keinem Verhältnis zum erzeugten "Biodiesel" stehen: "Das geht nicht aus unserem Raps". Es werden pflanzliche Öle z. B. aus Palmen oder Zuckerrohr eingesetzt, die auf Monokulturen in Südamerika oder Asien erzeugt werden, mit schwerwiegenden ökologischen und sozialen Folgen. Michael Schadewaldt (FDP) schloss sich der Besorgnis um die Regenwälder an. Ratsherr Helbig wünschte sich auch genauere Angaben von Actanol. In der Antragsbegründung wird als Standortvorteil die Nähe zu bestehenden Umschlagsanlagen und der Mineralölwirtschaft benannt – die Betreiber der Umschlagsanlagen wüssten aber noch gar nichts von ihrem Glück. Eberhard Menzel wischte alle Bedenken vom Tisch: Die geäußerten Aspekte hätten mit Planungsrecht nichts zu tun. "Das Thema Biodiesel ist nicht ganz unschick", findet das Stadtoberhaupt. Er habe vor vierzehn Tagen mit den Investoren gesprochen, das war "durchaus interessant, um zu sehen, was machbar ist". Biehl und andere Bedenkenräger stimmten den Planungsvorschlägen dann doch zu – mit Vorbehalt: "Wenn weitere Infos vorliegen, melden wir uns wieder."

◆ Schaut auf diese Stadt

Für die Flächen längs der Jadestraße zwischen Weserstraße und Deich einschließlich Banter See, Wiesbadenbrücke und Innenhafen, gibt es umfangreiche Entwicklungsplanungen. Für die Umsetzung sollen jetzt Mittel aus dem Bundesprogramm "Stadtumbau West" sowie zusätzliche EU-Mittel beantragt werden. Der städtische Eigenanteil soll zwei Drittel der Gesamtkosten umfassen. Im Landeshaushalt wurden Mittel für den Stadtumbau vorerst gestrichen, so dass die Stadt auch die bisherige Drittförderung aus Hannover mit abdecken muss. Bis 2009 sind jeweils 200.000 Euro jährlich aus dem städtischen Haushalt veranschlagt, bis einschließlich 2016 dann knapp 170.000 Euro.

"Fahren Sie da mal sehenden Auges durch – so kann es nicht weitergehen", malte Norbert Schmidt aus. Alles Geschmacksache. Die Gehölze auf der Ostseite sind der "Columbia"-Baustelle gewichen, gegenüber stört allenfalls der Zaun den Blick und Zugang auf die große Wiese, an deren Ende der Biotechnologiepark seiner weiteren Entwicklung hart. Es gibt Schlimmeres. Zum Beispiel, Kleingärten am Banter See platt zu machen (500.000 Euro für Entschädigungen sind eingeplant) und zu überbauen. "Braucht man wirklich Kleingärten?", fragte Rech und versuchte zu trösten: 10 Jahre könnten die Besitzer ihre Gärten dort noch genießen.

Menzel streute wieder sein Lieblingsthema JadeWeserPort ein: Der am Vortrag erteilte Planfeststellungsbeschluss für den Bau des Containerhafens brächte "große Herausforderungen an Wilhelmshaven" mit sich und würde "den Fokus Deutschlands und Europas auf diese Stadt lenken". Er räumte ein, der Valoisplatz sei eine "gepflasterte Wüste" (unser Reden!) und müsse noch "mit Leben erfüllt werden". Für die Wiesbadenbrücke plane man einen Investorenwettbewerb.

Biehl hatte etwas Bauchschmerzen, weil man sich mit den Fördermitteln auch auf bestimmte Planungen festlegt und wenig flexi-

bel ist. Schmidt hielt dem entgegen, man müsse erst das Geld beantragen und könne dann immer noch die Details festlegen. Auch Biehl plädierte dafür, dass die Kleingärtner sich von "lieb gewordenen Privilegien" verabschieden müssten, im öffentlichen Interesse sei es angemessen, ihnen was wegzunehmen. Joachim Tjaden (BASU) findet auch, dass es an der Jadestraße "schlimm aussieht" – aber der Vertreibung von Kleingärtnern würde er nicht zustimmen, weil sie keinen Sinn ergibt. Im Ergebnis gab es einen einstimmigen Beschluss, die Fördermittel für die Umgestaltung zu beantragen.

◆ Integration mit Hindernissen

Einstimmig beschloss der Rat, im kommenden Schuljahr an der Grundschule Hafenschule und der Hauptschule Nogatstraße weitere Integrationsklassen (für Kinder mit und ohne Behinderungen) einzurichten. ☺ "Vor 16 Jahren haben wir damit angefangen, heute ist es selbstverständlich", freute sich Helmut Möhle (CDU) als Vorsitzender des Schulausschusses. So wird der unterschiedlichen Lernfähigkeit aller SchülerInnen Rechnung getragen und eine wohnortnahe Beschulung behinderter Kinder ermöglicht. Biehl erinnerte sich an die "anfänglichen Mühen", heute könne man stolz auf das Erreichte sein. Dieser Ansatz "Integrieren statt Separieren" sei heute ein Vorbild für viele Kommunen, ergänzte Christine Will (SPD). Wilfrid Adam (SPD) findet es allerdings unbefriedigend, dass diese Integrationspläne dem Land jedes Jahr neu zur Genehmigung vorgelegt werden müssen, und plädierte dafür, das Niedersächsische Schulgesetz entsprechend zu ändern. ☺

Für SchülerInnen mit Problemen in der emotionalen und sozialen Entwicklung soll in Kooperation mit der Landesschulbehörde und dem Jugendamt ab dem kommenden Schuljahr ein regionales Integrationskonzept eingeführt werden. Auch diese können dann an ihrer Regelschule bleiben – bisher, so Möhle, wurden sie außerhalb, bis hin nach Varel und Oldenburg, betreut.

Eine von 19 hiesigen Grundschulen lehnte das Integrationskonzept im Vorfeld ab, eine Hauptschule will erst noch abwarten. Zunächst wird an zwei Grundschulen eine sonderpädagogische Grundversorgung eingeführt, die Kinder werden auch im Bereich Lernen und Sprache unterstützt. Bis 2011 wird eine flächendeckende Versorgung angestrebt. Das Land stellt zunächst drei zusätzliche Lehrerstellen bereit, die Stadt trägt die Sachkosten, zusätzlich wird das Personal des Jugendamtes um 1,5 Stellen aufgestockt. ☺

◆ Keine weiteren Fragen

Seit Horst Radmer und Johann Janssen, früher eifrige Nutzer der Einwohnerfragestunde, eine Etage tiefer sitzen (Radmer jetzt in der FDP-Fraktion), ist es an dieser spannende Kontaktbörse zwischen WählerInnen und Gewählten etwas still geworden. Auch diesmal meldete sich niemand auf der Zuschauertribüne zu Wort. □

Mütter Zentrum

Werftstr. 45

Tel. 506 106

Eltern werden- Liebespaar bleiben!

**Wie können Eltern
ihre Partnerschaft
pflegen und trotz
Familien-und
Arbeitsstress ein
Liebespaar bleiben?**

**Am Mittwoch,
den 25. April 2007
hält Frau**

**Brigitte Richter
von der**

**SOS-Beratungsstelle
in Varel um 20.00 Uhr
einen Vortrag zu
diesem Thema.**

**Herzliche Einladung
an alle interessierten
Eltern oder
zukünftigen Eltern .
Anmeldung nicht
erforderlich.**

Öffnungszeiten

Café MüZe:

Montag - Freitag

9.30 - 12.30 Uhr

Mittwoch auch

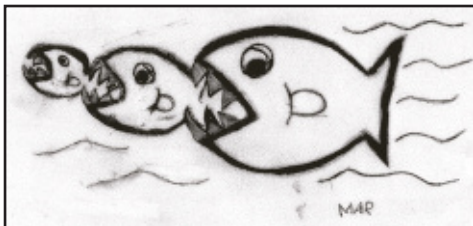
15.00 - 18.00 Uhr

Anzeige

linke alternative wilhelmshaven - linke alternative wilhelmshaven

Die Geschichte von den Apothekerfischen

Es war einmal ein Apothekerfisch namens A, und dann war da noch ein Apothekerfisch, der hieß B. Und die hatten beide ihre feste Kundschaft und ihr Auskommen, und alles war gut. Dann kam aber eines Tages ein Marketingfisch in ihr Meer, der hieß Schererfisch. Und der hielt einen Vortrag darüber, wie Fische sich verhalten sollten. Sie sollten nicht gut miteinander auskommen und sich als Kollegen sehen, sondern sich gegenseitig bekämpfen, denn so funktioniere das Leben im Meer nun mal. Da beschloss der A, den B aufzufressen, und der B beschloss, den A aufzufressen. Weil der A ein bisschen stärker war als der B, konnte er ihn fressen, bevor der ihm gefährlich werden konnte. Und mit dem B im Bauch schwamm er fröhlich heim zu seiner Apotheke. Vielleicht war er ein bisschen leichtsinnig nach seiner Mahlzeit oder zu satt – jedenfalls schaute er sich nicht um und schwamm auch nicht sehr schnell. Und da kam ein



ganz großer Apothekerfisch von hinten angeschwommen und schnappte sich den A. Der Schererfisch hatte das alles beobachtet und sagte zufrieden: "So ist's recht! So funktioniert das."

Am 17. März berichtete die "Wilhelmshavener Zeitung" vom neu aufgelegten Unternehmerforum, das die Volksbank initiiert hatte. Der "Marketing-Star" Hermann Scherer aus München faszinierte die anwesenden Unternehmer und obendrein OB Menzel mit seinen Rezepten. "So funktioniert Marktwirtschaft", heißt es in der Überschrift. Und Scherer wird zitiert mit Sprü-

chen wie "Wer sich positiv in Szene setzt, hat Erfolg. Wer nicht auffällt, der fällt weg." Die "WZ" fügt hinzu: "Eine Regel, die für Menschen wie für Unternehmen gelte."

Und um deutlich zu machen, wie seiner Meinung nach Menschen miteinander umgehen sollten, erzählte Scherer den faszinierten Zuhörern einen Witz: Treffen zwei Camper auf ei-

nen Grizzlybär. Jammert der eine: "Oh Gott, wir sind verloren. Ein Grizzly läuft viel schneller als ein Mensch!" Der andere Camper zieht seelenruhig seine Turnschuhe an. Heult der andere schicksalsergeben weiter: "Hat doch keinen Sinn. Auch mit Turnschuhen bist du langsamer als ein Grizzly." Antwort: "Ich will ja nicht schneller sein als ein Grizzly – nur schneller als du!"

Ja, so funktioniert die Marktwirtschaft, die "freie Marktwirtschaft" jedenfalls. Deswegen wollen wir eine andere Wirtschaftsform. Wer die auch will, darf gerne zu unseren Versammlungen (jeden Mittwoch 19.30 Uhr in der Gaststätte "Schwarzer Bär") kommen, damit wir darüber reden können, was für eine Gesellschaft wir wollen und wie wir sie erreichen.



linke alternative wilhelmshaven
WählerInneninitiative für
Arbeit und Soziale Gerechtigkeit

Eindrücke eines Zaungastes

Seit Wochen tobt im Rathaus ein Machtkampf zwischen der SPD- und der Jamaika-Fraktion. Zugespitzt hat sich die Auseinandersetzung auf die zukünftige Funktion des obersten Wilhelmshavener "Wirtschaftsförderers" Wolfgang Frank. Vordergründig geht es dabei um juristische Spezialitäten, die der Landtagsabgeordnete Dr. Uwe Biester (CDU) angerichtet hat. Dahinter lugt jedoch ein Interessenkonflikt zwischen der schwarz-gelben Landesregierung und der bedrohten SPD-Dominanz in den Amtsstuben und Gremien unserer Stadt hervor.

Herr Frank erscheint dabei als Speerspitze der SPD, der die Kreise der Landesregierung stört.

Als Zaungast gewinnt man den Eindruck, dass es im Drehbuch dieser öffentlichen Auf-führung um die Priorität bei der Ansiedlung von hafenbezogenen Betrieben im Rahmen des jüngst genehmigten – jedoch noch nicht juristisch abgesegneten – JadeWeserPorts geht:

Bekannt ist, dass die Stadt – bzw. deren Stadtwerke GmbH – 100 Hektar des südlichen Teils des Voslapper Grodens aufgekauft hat, um ihn als hafenaffine Gewerbefläche zu vermarkten.

Die Landesregierung hat aber im Falle der Realisierung des JadeWeserPorts über das eigentliche Terminalgelände und die Ver-

kehrs-Anschlussflächen hinaus gleichfalls noch ca. 172 Hektar an Freiflächen auf dem gegebenenfalls aufzuspülenden Hafengroden anzubieten. Und sie ist der Ansicht, dass zunächst ihr Hafengroden voll ausgebucht sein muss, bevor die Stadt mit der Vermarktung des südlichen Teils des Voslapper Grodens beginnt.

Dagegen scheint sich der Geschäftsführer der Stadtwerke Holding Wolfgang Frank mit der geschwächten SPD im Rücken verzweifelt zu wehren – schließlich muss der 8 Mio. € schwere Geländekauf im Voslapper Groden gerechtfertigt und die Story von der Clusterwirkung des JWP mit Initialzündung für die Nachfrage nach hafenbezogener Gewerbefläche weiter durchgehalten werden.

Diesbezügliche Nachrichten fallen aber immer bescheidener aus:

Die Umschlagfirma Eurogate, die den Terminal-Betreibervertrag in der Tasche hat, spricht nur noch von 1.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen außerhalb des Terminals, wobei nicht mal die Arbeitsplätze im Tertiärbereich wie Malerarbeiten und Catering ausgelassen werden (s. Gegenwind 223).

Auch das jüngste Gutachten des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung (NIW) beschreibt die schlechte Aussicht Wilhelmshavens, dass durch die Verwirklichung des JWP zwangsläufig neue Wertschöpfungsketten entstünden. Diese Offenbarung sucht sie anschließend jedoch mit der Aufforderung an die Jade-Weser-Region, die Ärmel aufzukrempeln, notdürftig zu über-tünchen (s. Gegenwind 225).

Von berufener Seite kommen also immer eindeutigere Bestätigungen dafür, dass die Ansiedlungsbemühungen von JWP-orientierten Betrieben ein sehr mühsames und langwieriges Geschäft ohne Erfolgsgarantie werden dürften.

Bei gleichzeitiger Vermarktung des Hafengrodens durch das Land und des Voslapper Grodens durch die Stadt könnte nicht nur ein – den Kaufpreis drückendes – Überangebot entstehen; es müssten darüber hinaus doppelte infrastrukturelle Vorleistungen erbracht werden. Von Amortisierung des Landkaufs oder gar Gewinnausschüttung für die Stadt kann unter solchen Bedingungen keine Rede sein. Vorzeitig Geld in die Infrastruktur des Voslapper Grodens zu stecken, hieße, mit der Wurst nach dem Schinken zu schmeißen. Übrigens sollte man nicht vergessen, dass der Voslapper Groden Süd ein bei der EU registriertes Naturschutzgebiet ist, das nur bei Bedarfsnachweis gegen kostspielige Kompensationsmaßnahmen umgewidmet werden kann. Es läge also nahe, dass man im Falle der Realisierung des JWP den Südtail des Voslapper Grodens erst mal außen vor lässt und sich zunächst mal anschaut, wie sich der Grundstücksverkauf auf dem JWP-Hafengroden entwickelt. Ein solches Moratorium böte den hiesigen Hafenprotagonisten zudem die Chance, die Fehlinvestitionen in ein fiktives Hafengewerbegebiet Voslapper Groden Süd bei mangelndem Bedarf allmählich in Vergessenheit geraten zu lassen. (jm)